

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Festtagen zweimal. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Postämtern (siehe abgibt 8,50 M.). Für den Versand nach anderen Orten sind Postgebühren zuzurechnen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren und des Auslandes 14,00 M., für den übrigen Ausland 21,00 M., einschließlich Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6A.

Als einzigste deutsche Kampfbühne über deren Namen steht 3.- M. einschließlich Transportgebühren. Keine Anzeigen: Das gesetzlich vorgeschriebene Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Ausland: Einzige 1000. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,50 M. unter dem Titel: Stellen-Angebote in den Anzeigen des gesetzlich vorgeschriebenen Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4625, 4640, 4921

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Neue Abstimmung der Streitenden

### Eingreifen des Verbandes der Maschinisten und Heizer

Den Bemühungen des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer ist es in der heutigen Funktionärsitzung der Streitenden gelungen, den Antrag durchzubringen, daß über die letzten Zustände des Magistrats bezw. die Auslegung des gefällten Schiedspruches erneut eine Abstimmung der Streitenden stattfindet. Die Abstimmung findet in den Betrieben statt. Nur die dort beschäftigten Arbeiter haben das Recht zur Abstimmung.

Nach der Auslegung des Schiedspruches in der Sitzung des Einigungsamtes am Sonnabend, 8. November, erhalten die Elektrizitätsarbeiter zu den bisherigen Bezügen für Sonntag- und Nachtarbeit eine Zulage von 50 Pfennig pro Stunde, die Schwerstarbeiter eine Zulage von 40 Pfennig pro Stunde. Der Postus in dem letzten Lohnort, wonach vorbenannte Bezüge (auf Sonntag- und Nachtarbeit 50 bezw. 20 Prozent) vom 1. November in Kraft kommen sollten, ist außer Kraft gesetzt. Ueber dieses Angebot soll nunmehr abgestimmt werden, da hierüber bisher noch keine Abstimmung erfolgt ist.

Der Verbandsvorstand fordert hiermit alle Kollegen auf, an der Abstimmung teilzunehmen und für die Annahme der Arbeit zu stimmen, damit weitere Verhandlungen mit dem neuen Magistrat angebahnt werden können. Kollegen! Hebt Disziplin! Folgt dem Ruf Eurer Gewerkschaft!

Der Verbandsvorstand.  
Hermann Klebe, Rudolf Schlichting.

### Erklärung

In den schwebenden Lohnkampf zwischen den städtischen Arbeitern und dem Magistrat Berlin greift die Regierung durch die gestern veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten ein. Wir haben bisher stets vermehrt, daß die Regierung dann, wenn es sich um die Wahrung lebenswichtiger Interessen handelt, gegen die von ausübenden Arbeitgebern oder von streikenden Großagrariern in ungleich größerem Maße verstoßen worden ist, scharfe Töne findet oder gar mit ausnahmsgeheimen Verordnungen vorgeht. Nachdem von den städtischen Arbeitern die Postkassenarbeiten in weitestgehendem Maße ausgeführt worden sind und noch werden, liegt nun so weniger Veranlassung vor, in dem wirtschaftlichen Kampf zwischen den städtischen Arbeitern und dem Magistrat Berlin einzugreifen, als die begründete Hoffnung besteht, daß die für heute in allen städtischen Betrieben angeordnete Urabstimmung eine Beendigung des Streikes erwarten läßt. Wir müssen aber schon jetzt gegen die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten aus schärfster protestieren, da sie gegen das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe der Arbeiterschaft verstoßt. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission hat im Verein mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gestern bereits bei der Reichsregierung Schritte dieser Verordnung unternommen. Es wird Sache der sozialistischen Parteien sein, von der Regierung die sofortige Aufhebung dieser Verordnung zu verlangen. Wir hoffen, daß die städtischen Arbeiter sich weder durch diese Regierungsverordnung noch durch Parolen von unverantwortlichen Führern bei ihrer heutigen Urabstimmung beeinflussen lassen und sich nur von ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen und denen der Allgemeinheit leiten lassen werden.

### Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend

Die Verfügung des Reichsministers des Innern, nach der die Verordnung des Reichspräsidenten noch nicht in Kraft gesetzt werden soll, dürfte bereits eine Folge der Unterhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Regierung sein.

### Die Streiklage

Der Streik der städtischen Arbeiter, der in der Hauptlage von den Elektrizitätsarbeitern beeinflusst wird, steht noch auf dem alten Fied. Die Direktion der Elektrizitätswerke legte

gestern im Magistrat die Sachlage dar. Es wurde ihr nahezu unmöglich gemacht, die Betriebsleitung auszuüben. Vom Polizeipräsidenten Richter wurde mitgeteilt, daß die Reichsregierung Maßnahmen ermäge zur Fortführung des Betriebes, wenn das der Stadt unmöglich sei. Der Magistrat beschloß in seiner Mehrheit, daß die Arbeiter der Elektrizitätswerke aufgefordert werden sollen, bis heute nachmittags 2 Uhr die Arbeit aufzunehmen. Es sollen ferner diejenigen ermittelt werden, die Samstag an den Maschinen in den Kraftwerken von Moabit und Rumelsburg getrieben haben, um weiteres zu veranlassen.

Die Transportarbeiter haben zum Ausdruck gebracht, daß sie sich sehr benachteiligt fühlen, weil ihnen nur 20 Pf. zugelegt worden sind. Sie sind der Ansicht, daß sie wie die technischen Arbeiter in den Gasanstalten und Elektrizitätswerken angesehen und dementsprechend entlohnt werden müssen. Im Magistrat, dem gestern diese Wünsche vorgetragen wurden, kam zum Ausdruck, daß zur Zeit an dem Spruch nicht gerüttelt werden könnte, daß aber diese Wünsche nach Abschluß der Staatsaufstellung einer Prüfung unterzogen werden sollten. Ob ihre Erfüllung möglich sei, hänge von dem Stand der Finanzen und der Staatsabschlüsse ab.

Gestern morgen fand eine Betriebsversammlung der Charlottenburger städtischen Gasarbeiter statt, an der auch zahlreiche Arbeitslose teilnahmen. Nach langen Verhandlungen, unter Mitwirkung des Polizeipräsidenten Richter, erklärten sich schließlich die Gasarbeiter bereit, verkehrliche Notstandsarbeiten auszuführen, d. h. für die Füllung der Gasbehälter und die Besechtung des Gaswerkes zu sorgen. Jede weitere Betätigung wurde von den Gasarbeitern abgelehnt.

### Keine Maßnahmen der Regierung

Berlin, 10. November.

Nachdem sich der Magistrat nunmehr entschlossen hat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, hat der Reichsminister des Innern für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten bereits beschlossenen Maßnahmen ausgeübt.

### Kein Haftbefehl gegen Spil

Die Mitteilung der bürgerlichen Presse, daß gegen den Betriebsrat Spil ein Haftbefehl erlassen worden ist, ist falsch. Er entspricht nicht dem Wunsch des Bürgertums, das durch die Veröffentlichungen dieser Mitteilung einen Druck auf die Regierung, Spil verhaften zu lassen, ausüben will. Da kein Verhaftungsbefehl besteht, könnte ein Haftbefehl nur von dem zuständigen Richter beim Vorliegen strafbarer Handlungen unter den sonst gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen erfolgen. Für die Annahme, daß Spil strafbare Handlungen begangen habe, liegt aber kein Anlaß vor.

### Die Rechtssozialisten und die Verordnung

Am Schlusse der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages stellten die unabhängigen Mitglieder den Antrag, den Eintrag des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses zu setzen. Genosse Dr. Rosenfeld, der den Antrag begründete, erklärte, daß die Verordnung des Reichspräsidenten geeignet sei, lebhaftige Zustimmung unter der Arbeiterschaft zu erregen und befürchten lasse, daß die Agitation für einen Generalstreik, der nicht nur von seiner Partei, sondern auch von der R. P. D. und der Gruppe Däumig-Hoffmann abgelehnt werde, dadurch wesentlich unterstützt werde.

Die Rechtssozialisten lieferten sofort die Stichworte für die Bekämpfung dieses Antrages. Ihr Redner, Hermann Müller, verfiel sich hinter formalen Einwänden. Es sei nicht Aufgabe des Haushaltsausschusses zu der Verordnung Stellung zu nehmen, das müsse man dem Reichstage überlassen, dem die Verordnung als bald zugehen müsse. Ihm schlossen sich natürlich die Redner aller bürgerlichen Parteien unter Sympathieerklärungen für die Verordnung an, trotzdem Genosse Herz darauf hingewiesen hatte, daß diese formalen Einwände unzutreffend seien. Die Verordnung richte sich ja auch gegen den preussischen Minister des Innern, dessen Taktik vernünftigerweise auf eine Beendigung abgezielt habe. Die Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter würde auch den Widerstand derjenigen Arbeiterkreise hervorgerufen, die den Streikmethoden der Elektriker ablehnend gegenüberstehen.

Trotzdem wurde der Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen und des Abgeordneten Eichhorn abgelehnt. Die Erinnerung an ihre eigenen Koskmethoden ist bei den Rechtssozialisten doch noch so hart, daß sie die aus der Verordnung für die gesamte Arbeiterklasse entstehenden Gefahren nicht zu sehen wünschen und sich damit auch in Gegensatz zu der Haltung der Gewerkschaften bringen. (Siehe auch Seite 2.)

## Der Streik und die Regierungsverordnung

Der Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter hatte auch uns den kraftpendenden Strom und damit das Wort abgeschnitten. Während die bürgerliche Presse neugierige Bemerkungen zu dieser erzwungenen Schweigsamkeit machte, scheinen, wie aus einer Mitteilung in unserer gestrigen Abendausgabe schon hervorging, die Führer des Streiks in den Kraftwerken besonderen Wert auf die Ausschaltung der Stimme der „Freiheit“ aus der öffentlichen Meinung gelegt zu haben.

Daß wir weder der einen noch der anderen Seite wegen Veranlassung zum Schweigen haben, zeigen bereits die kurzen Bemerkungen zu der Bewegung, die uns der knappe Raum unserer gestrigen zweiseitigen Abendausgabe gestattet. Wir haben die erste Gelegenheit benützt, um mit aller Deutlichkeit zu erkennen zu geben, daß wir die bei diesem Streik in Anwendung gekommene Taktik nicht billigen. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß nach unserer Ansicht der Streik der Elektrizitätsarbeiter im Widerspruch steht zu den Interessen der Gesamtarbeiterchaft, nicht nur des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin.

Ein Streik in den Kraftwerken, der das gesamte Leben in der Industrie wie in der Hauswirtschaft zum Erlöschen bringt, ist keine Angelegenheit der kleinen Gruppe von Arbeitern, die zufällig in den Kraftwerken tätig sind, sondern er ist unter allen Umständen, wann, wo und wie immer er ausbrechen mag, eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Wir sehen ganz davon ab, daß dieser Streik Hunderttausende von Arbeitern persönlich trifft, indem er sie arbeitslos macht, daß er geeignet ist, große Organisationen in die Bewegung hineinzuziehen und alle Folgen des Streiks auf ihre Schultern zu wälzen, ohne daß ihnen das Recht zur Mitentscheidung gegeben ist. Darüber wird später noch zu sprechen sein. Wir wollen heute vor allem daran erinnern, daß ein Streik in den lebensnotwendigen Betrieben von der bürgerlichen Gesellschaft stets als gegen sie gerichtet betrachtet und darum ihren geschlossenen Widerstand hervorrufen wird, der sich nicht bloß gegen die streikende Gruppe, sondern gegen die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit und gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes richten wird. Diese Wahrscheinlichkeit steigert sich in einer Situation, in der die gesamte Bourgeoisie mitsamt der unter ihrem Einfluß stehenden Staatsgewalt mit Sehnsucht die Stunde erwartet, die ihr Gelegenheit gibt, der Arbeiterschaft und ihren Organisationen den längst vorbereiteten Schlag zu versetzen.

Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so ist er durch den Erlass des Reichspräsidenten erbracht. Er ist zwar nur ein schüchtern Anfang, aber in ihm atmet doch der Geist jener Schlichtungsordnung, die in ihrem ursprünglichen Entwurf eine Aufhebung des Koalitionsrechtes beabsichtigte. Die Verordnung wendet Bestimmungen, die fast wörtlich jenem ersten Entwurf zu einer Schlichtungsordnung entnommen sein könnten, gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft in den lebenswichtigen Betrieben an. Sie bedeutet die Einschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechtes für einen Teil der Arbeiterschaft.

Die Schuld daran, daß die Regierung die Gelegenheit dazu gefunden hat, trägt die völlig verfehlt und für das Interesse der Arbeiterklasse verwerfliche Taktik, die in diesem zur Ueberrückung der gesamten Arbeiterklasse über Nacht entstandenen Elektrizitätsstreik zur Anwendung gelangt ist. Weil wir der Ansicht sind, daß ein Streik in den Kraftwerken die gesamte Arbeiterklasse und ihre harnischen Vertretungskörperschaften angeht, so müssen wir für einen Streik dieser Arbeitergruppe die Forderung erheben, daß er nicht allein durch die in den Kraftwerken beschäftigten Arbeiter beschlossen wird, sondern daß die Entscheidung in einer für die ganze Arbeiterbewegung so wichtigen Frage nur gefällt werden darf nach eingehender Beratung mit den Vertretungskörperschaften der gesamten organisierten Arbeiterschaft des Wirtschaftsbezirks und in gemeinsamer Beschlussfassung. Auf solche Art hat die Arbeiterschaft selbst dafür zu sorgen, daß ein Streik in den lebensnotwendigen Werken nicht unter Umständen entspringt, die die Bewegung zum Schaden für die gesamte Arbeiterschaft ausarten lassen.

Wir erheben unsere Forderung nicht, um die bürgerliche Gesellschaft, die sich durch einen Streik in den lebensnotwendigen Werken bedroht fühlen kann, vor den Folgen einer solchen Bewegung zu schützen. Wir erheben sie, weil wir den Klassenkampf so verstehen, daß über Einsetzung und Führung von Kämpfen von entscheidender und weittragender Bedeutung die gesamte Arbeiterklasse die Beschlüsse zu fassen hat. Das Interesse der Arbeiterschaft bleibt aber bestehen, daß keine Einschränkungen des Koalitionsrechtes vorgenommen werden.



# Beseitigung des Achtstundentages

## Ein Arbeitszeitgesetz

Übernimmt die gesamte Arbeiterklasse durch ihre Organisationen auf solche Art die Verantwortung für Bewegungen in den lebenswichtigen Werken, dann wird sie auch Garantien dafür zu schaffen verstehen, daß Lohnstreiks von Elektrikalisierern nicht künstlich aufgeblasen werden zu Bewegungen, die die gesamte Arbeiterklasse ins Verderben ziehen können. Sind solche Garantien gegeben, dann haben die Arbeiterorganisationen auch das Recht, sich das Eingreifen der Staatsgewalt durch die Einführung des Koalitionsrechts für bestimmte Arbeitergruppen zu verbitten. Leider haben die Elektrikalisierer durch ihre völlig verfehlte Taktik in diesem Falle eine Situation geschaffen, in der der Arbeiterschaft die Verteidigung dieses Rechtes sehr schwer fällt.

Dennoch verurteilen wir dieses Vorgehen der Reichsregierung, denn es erscheint uns nicht minder ungeschickt und leichtfertig, als die Taktik der Elektriker oder ihrer Führer. In der gegenwärtigen Situation ist die Verfügung geeignet, Del ins Feuer zu gießen und eine Bewegung von neuem aufleben zu lassen, an deren schnellem Ende auch die Arbeiterklasse ein Interesse gehabt hätte. Wir erwarten deshalb von den Spitzenorganisationen, von den Vorständen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, daß sie die Situation erkennen und ihre Pflicht tun, die unseres Erachtens darin besteht, daß sie sofort in Verhandlungen mit der Reichsregierung eintreten, um zu veranlassen, daß die Verordnung auf die gegenwärtig schwebende Bewegung keine Anwendung findet. Hat die Regierung das Bedürfnis, für die Zukunft regelnd in die Streikbewegungen einzugreifen, so mag sie nach Abschluß der Bewegung mit den Repräsentanten der Spitzenorganisationen über ein geeignetes Verfahren verhandeln, das für uns allerdings nur dann diskutabel wäre, wenn es die Koalitionsfreiheit aller Gruppen der Arbeiterschaft unberührt läßt.

Und noch aus einem anderen Grunde verurteilen wir die bei diesem Streik beliebte Taktik. Auch die Rücksicht auf den Gegner, der in diesem Falle kein Gegner der Arbeiterschaft ist, hätte die Genossen in den Kraftwerken zu einer weniger aggressiven Methode veranlassen sollen. „Arbeitgeber“ ist hier Berlin, das neue Berlin mit sozialistischer Stadtverordneten- und Magistratsmehrheit. Wir wollen nicht davon reden, ob diese Tatsache städtische Arbeiter veranlassen kann, ihre Forderungen zu beschränken. Wir setzen voraus, daß sie ihre Lohnansprüche für begründet und notwendig hielten. Aber Beträuben müssen sie haben zu ihren Mitkämpfern, die die Verantwortung für das neue Berlin übernommen haben. Zeigen sie dieses Vertrauen nicht, dann sind die Arbeiterbewegung, wie die sozialistische Stadtgemeinde gleichermaßen in Gefahr gebracht, durch die Arbeiter selbst. Wer dieses Vertrauen bewußt vernichtet, den muß die Arbeiterschaft als einen Schädling und als ihren Feind erkennen, wie das zum mindesten bei einigen kommunistischen Wirrkräften der Fall zu sein scheint.

## Spektakel

Am Mittwoch vormittag erschienen im Gaswerk Danziger Straße etwa 1000 Arbeitslose. Der Führer der Demonstranten forderte, daß sofort die Arbeit eingestellt werde. Der Betriebsrat der Gasanstalt berief eine Versammlung der Belegschaft ein, an der auch die in dem Werk erschienenen Arbeitslosen teilnahmen. Der alte Betriebsrat legte sein Amt nieder, und auf Drängen der Arbeitslosen wurde beschlossen, einen politischen Arbeiterrat zu wählen, der sein Amt sofort antrat. Er veranlaßte eine Abstimmung, durch die um 1 Uhr mittags der Streik beschlossen wurde. Nach der Verkündung dieses Beschlusses entfernten sich die Arbeitslosen sofort. Ob sie der Auffassung waren, daß nun und grundlos Streiks ihrer noch in Arbeit stehenden Klassenossen ihr Los als Arbeitslose würden mildern könnten?

Um 2 Uhr nachmittags berief der alte Betriebsrat abermals eine Versammlung ein, in der er an die Belegschaft die Frage richtete, ob sie dem neugewählten Arbeiterrat ihr Vertrauen schenken könne. In einer kurzen Aussprache stellte sich heraus, daß die Arbeiterschaft des Gaswerkes nahezu einstimmig den neuen Arbeiterrat ablehnte. Der alte Betriebsrat wurde wiedergewählt und die Wiederholung der Abstimmung über den Streik ergab seine Ablehnung. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Zu ähnlichen Szenen kam es in der Maschinenfabrik von Ludwig Löwe u. Co. in der Huttenstraße. Arbeitslose und streikende Straßenbahner veranlaßten die Heizer der eigenen Kraftzentrale der Fabrik, durch deren Funktionen es bisher möglich war, die Tätigkeit im Betriebe aufrecht zu erhalten, die Arbeit niederzulegen. Die Kraftzentrale wurde in der Tat zum Stillstand gebracht und 3000 Arbeiter wurden damit gezwungen, ihre Arbeit zu unterbrechen. Der einzige Effekt dieser Aktion war, daß ein Angebot von Sicherheitspolizisten die Fabrik besetzte und das Grundstück von Demonstranten räumte. Der Betrieb in der Kraftzentrale des Werkes konnte nach kurzer Zeit wieder aufgenommen werden.

Ebenso betätigten sich Truppen von Arbeitslosen im Fabrikgebäude der Bergmannwerke in Reinickendorf-Rosenthal. Auch hier wurden die Arbeiter genötigt, dem Verlangen der Arbeitslosen nach Stilllegung des Betriebes nachzukommen. Sie erklärten jedoch sofort, daß sie die Arbeit am nächsten Tage wieder aufnehmen wollen.

Auch in das Kraftwerk Charlottenburg drangen gestern mittag Arbeitslose ein. Da die Direktion sofort Sicherheitspolizei herbeischickte, blieb es in diesem Werk bei dem Versuch, die Belegschaft zum Verlassen des Betriebes zu veranlassen.

## Keine Konfession

Im Lager der R. A. D. und A. A. D. jagen sich die Parolen. Die R. A. D. fordert zu einem Generalkrieg auf. Arbeitslosentruppen werden gegen einzelne Betriebe oder auch gegen die Bureaus unserer Gewerkschaften entsandt und suchen unsere Funktionäre oder die Arbeiter zu terrorisieren. Die R. A. D. wünscht, scheint es, den möglichst italienischen Verlust, einzelne Betriebe zu „enteignen“ und sie durch die Betriebsräte fortführen zu lassen, zu wiederholen.

Wie die einzelnen Parolen lauten, ist übrigens ganz gleichgültig. Ihnen allen ist gemeinsam, möglichst viel Verwirrung zu stiften. Es ist eben die typische kommunistische Taktik, irgend einen Anlaß zu benutzen und den Kampf zu „verbreitern“ und so durch das Vorgehen Taktlosigkeit gleichsam hinter dem Rücken der Arbeiter die soziale Revolution herbeizuführen.

Die Kommunisten werden aber mit allen diesen Maßnahmen nur eins erreichen, daß die Arbeitermassen selbst immer energischer gegen sie Front machen. Es ist dringend notwendig, daß schließlich die gesamte Arbeiterbewegung unter diesem unermüdeten Treiben leidet. Der Aufforderung zum Generalkrieg ist natürlich keine Folge geleistet worden. Ebenjowenig aber wird sich die Arbeiterschaft an der mühsigen Organisationspolitik beteiligen, sogenannte politische Arbeiterräte zu wählen. Wenn

Wie die „Dena“ erfährt, befindet sich in den zuständigen Ministerien der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Beratung. Der Referentenentwurf ist nunmehr fertiggestellt und vor einigen Tagen hat bereits eine Besprechung zwischen den Vertretern der Ministerien und den Unternehmer- und Arbeitervertretern stattgefunden. Als „gewerbliche Arbeiter“ gelten im Sinne dieses Gesetzes alle diejenigen, die in einem gewerblichen Betriebe einschließlich der des Handlungsgewerbes und des Bergbaus und den Betrieben des Reiches, der Länder und der Kommunen auf Grund eines Vertragsverhältnisses als Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Werkmeister, Techniker oder Fabrikarbeiter beschäftigt sind. Ausgenommen von dem Gesetz sind ausdrücklich Personen, die Vorgesetzte von mindestens 50 Arbeitnehmern sind. Das Gesetz findet weiter keine Anwendung auf Betriebe, in denen lediglich Familienangehörige beschäftigt werden; auf die in der Heimarbeit beschäftigten Personen werden die Bestimmungen des Gesetzes ebenfalls nicht angewendet. Auch diejenigen, die von der Verwaltung der Eisenbahn, der Straßenbahn sowie von der Telegraphen- und Postverwaltung im eigentlichen Verkehrsbetriebe beschäftigt werden, fallen nicht unter die Gesetzesbestimmungen. Weiter ausgenommen sind das Fischerere, das See- und Binnenfahrtsverkehrsgewerbe ausschließlich des Be- und Entladens der Schiffe.

Ob es notwendig war, die in der Heimarbeit beschäftigten Personen von den Bestimmungen des Gesetzes auszunehmen, möchten wir bezweifeln. Wir glauben, daß sich Wege gefunden hätten, um auch den Arbeitstag für die Heimarbeiter festzulegen. Bleibt es jedoch dabei, so wird es nötig sein, daß ein besonderer Schutz für die Heimarbeiter durch Gesetzgebung schleunigst herbeigeführt wird. Hier ist die Einrichtung von Lohnämtern zur Festlegung von gesetzlichen Mindestlöhnen und eine besondere Gewerbeaufsicht für die Heimarbeiter längst dringendes Gebot.

Der § 3 des Gesetzes bestimmt, daß im allgemeinen die Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten darf. Es heißt aber dann im Gesetz: „Wenn an einzelnen Werktagen, insbesondere an den Tagen vor Sonn- und Festtagen im Betriebe weniger als acht Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann das Fehlen an Arbeitsstunden dadurch ausgeglichen werden, daß die Arbeitszeit an den übrigen Werktagen der gleichen Wochen verlängert wird, jedoch darf die Gesamtzahl der Arbeitsstunden an den sechs Werktagen einer Woche nicht mehr als 48 Stunden, und an den einzelnen Werktagen nicht mehr als neun Stunden betragen.“

Das Gesetz führt somit nicht den Achtstundentag, sondern die 48-Stundenwoche ein. Das würde alle Vorteile der kürzeren Arbeitszeit am Sonnabend, die für sehr viele Betriebe durch Tarifvertrag ausgemacht ist, in kurzer Zeit beseitigen. Wir lehnen das ab und bleiben bei der Forderung des Achtstundentages, die im Gesetz dadurch verwirklicht werden muß, daß das Gesetz einfach nicht überschreiten darf acht Stunden täglich nicht überschreiten. Dann bleibt es den Arbeitern und Angestellten unbenommen, durch besondere Vereinbarungen je nach der tatsächlichen Möglichkeit am Sonnabend oder an den Tagen vor den Feiertagen eine längere Arbeitszeit durchzuführen.

Abgesehen muß auch ein Passus werden, in dem bestimmt wird, daß die Arbeitszeit zusammen mit der für den Unterricht in

der Berufsschule verwendeten Zeit innerhalb einer Woche 54 Stunden nicht überschreiten darf. Das würde bedeuten, daß der gesamte Schulunterricht außerhalb der Arbeitszeit liegen muß, so daß die Losen für die berufliche Ausbildung ganz auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten gelegt werden, denn mehr als sechs Stunden pro Woche beträgt die Unterrichtszeit nie. Hier ist zu fordern, daß jede für die berufliche Ausbildung aufgewandte Zeit als Arbeitszeit zu betrachten ist und in die durch Gesetz oder Tarifvertrag bestimmte wöchentliche Arbeitsdauer eingerechnet werden muß.

Biel zu lange ausgedehnt ist ferner die Arbeitszeit für die Personen, die in Betrieben mit Schichtwechsel arbeiten. Es heißt hier, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter, die die sonntäglichen notwendigen Arbeiten ausführen, im Durchschnitt dreier Wochen 36 Stunden wöchentlich nicht überschreiten darf. Wir möchten wissen, womit man eine derartige Verlängerung der Arbeitszeit rechtfertigen will. In den Betrieben mit Schichtwechsel ist eine kürzere Arbeitszeit notwendig, weil die wechselnde Schicht die Arbeitskraft weit stärker anspannt als die reguläre Arbeitszeit.

§ 6 unterjagt den Arbeitnehmern, die in einem Betriebe noch beschäftigt sind, in ihrem oder einem anderen Berufe in ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber einzutreten.

Kinder unter 14 Jahren dürfen in den durch das Gesetz bezeichneten Betrieben nicht beschäftigt werden. Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und der Arbeiterinnen dürfen nicht vor fünf Uhr morgens beginnen und nicht über 10 Uhr abends hinaus dauern. Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 Stunden zu gewähren.

Geradezu haarsträubend ist es aber, daß das Gesetz bestimmt, daß eine Ausnahme von dieser Regel in den Stein- und Braunkohlengruben gemacht werden soll. In ihnen sollen Jugendliche auch zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen, wenn ihnen zwischen zwei Arbeitsschichten eine ununterbrochene Ruhezeit von in der Regel 15 Stunden, keinesfalls aber weniger als 13 Stunden gewährt werden. Gerade in den Stein- und Braunkohlengruben ist das blühende Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher im Interesse der Gesundheit der heranwachsenden Arbeitergeneration unbedingt notwendig.

Arbeiterinnen dürfen nach ihrer Niederkunft sechs Wochen nicht beschäftigt werden. Sie können auf Grund ärztlichen Zeugnisses sechs Wochen vor ihrer Niederkunft die Arbeit niederlegen. Während ihrer Abwesenheit darf ihnen nicht gekündigt werden. Eine Beschäftigung von Arbeiterinnen untertage ist durch das Gesetz verboten. Besondere Maßnahmen sieht das Gesetz in Notfällen zur Verhütung erheblicher Störungen des Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle aber auch zur Verhütung vor Verderbung des Materials und der Waren oder des Mißlingens von Arbeitsergebnissen vor. In solchen Fällen darf die Beschäftigung der Arbeiterinnen insgesamt die Dauer von zehn Stunden täglich nicht überschreiten. Auch das ist eine zu weitgehende Ausnahme. Bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit kann auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe eine abweichende Regelung der Arbeitszeit der über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen an 60 Tagen im Jahr durch den zuständigen Aufsichtsbahnen inwieweit zugelassen werden. Unter Umständen ist auch eine Ausdehnung auf 90 Tage zulässig. Hierbei wird an Überstunden gedacht. Zum Schluß enthält das Gesetz noch einige Strafbestimmungen, die Verstöße gegen die einzelnen Vorschriften mit Geldstrafen von 150 bis 3000 M. ahnden.

die Kommunisten der verschiedenen Nuancen ihren Gruppen immer neue Namen geben wollen, mögen sie es tun. Die Arbeiterschaft tut am besten dran, die Herrschaften unter sich allein zu lassen.

## Lloyd Georges über den Friedensvertrag

59. London, 10. November.

Lloyd Georges hielt in der Guildhall eine Rede, in der er ausführte:

Die Ansichten der Äußerer und inneren Politik haben sich gebessert. Die Dinge kommen allmählich in Ordnung. Wir brauchen Geduld, Hartnäckigkeit, Durchhaltungsvermögen und Vertrauen. Die Welt hat das Wohlwollen unter den Menschen nötig. Wir müssen unser Vorurteil und unsere Antipathie ausgeben und uns selbst beherrschen, wenn wir uns nicht in dieser Weise Mäßigung auferlegen, dann wird Europa ein Chaos von wütenden Hahnsbrühen. Wir brauchen, wiederholte der Premier, mehr Wohlwollen unter den Völkern, Rassen und Klassen. Wir können die Welt nicht wieder neu aufbauen auf einem Fundament, das schwankt.

Ueber die zwischen den Alliierten und Deutschland schwebenden Fragen erklärte Lloyd Georges, er hebe besonders die Abrüstung Deutschlands hervor, weil dies der wahre Prüfstein für Deutschlands Aufrichtigkeit sei. Die Abrüstung wäre das Zeichen, das Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen wolle. Lloyd Georges verlas dann einen lobenden erhaltenen Bericht vom Kriegsamt, der diese Frage behandelt und bezeichnete ihn als sehr befriedigend. Das Heer sei tatsächlich auf weniger als 150 000 Mann eingeschränkt worden und man sei auf dem Wege es schnell auf die vereinbarte Stärke von 100 000 Mann zu bringen. Die großen deutschen Kriegsmaschinen, so fuhr der Premierminister fort, sind so gut wie alle ausgeliefert worden. Es zirkulieren jedoch noch immer viel Gewehre unter der Zivilbevölkerung. Dies ist aber mehr eine große Bedrohung für den Frieden von Deutschland selbst, denn die Konterenz von Spaai hat sich bezüglich der Abrüstung die nötigen Sicherheiten verschafft und man muß annehmen, daß die gegenwärtige Regierung in ihrem Beschluß, die Bestimmungen des Abkommens nach Möglichkeit durchzuführen, vollkommen aufrichtig ist.

Der zweite Punkt von übertragendem Interesse ist in vielen Beziehungen noch schwieriger. Es handelt sich hier um die Frage der Entschädigung. Ich bin froh darüber, daß die deutsche Regierung sich ehrlich bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die Schulden zu zahlen. Diese Fragen gehören natürlich vor die Sachleute. Die Finanzsachleute der Alliierten und Deutschlands werden schnell in einer zweiten Konferenz zusammenkommen. Ich habe sehr viel Vertrauen und Hoffnung auf ein greifbares Ergebnis dieser Beratungen. Die Alliierten suchen die besten finanziellen Ratgeber zur Lösung dieser Frage aus und die Deutschen werden dasselbe tun. Und wenn in allen alliierten Ländern die Menschen auf den Rat derjenigen

hören, deren einziges Ziel es ist, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen und die zerstörte Reputation wieder aufzurichten, dann zweifle ich keineswegs, daß der Frieden auf dem Wege einer guten Verständigung gefunden wird.

Zur russischen Frage meinte Lloyd Georges, er bedauere es, daß er da nicht so hoffnungsvoll sprechen könne. Der Bolschewismus, führte er aus, ist etwas, was nicht standhalten kann. Es ist ein so unmöglicher Glaube, daß er als wahnsinniger Glaube anzusehen ist.

Ueber Ireland sagte er, daß, wenn er nicht irre, die Behörden dort den Mörder an der Kehle gepackt hätten. Die Polizei habe die wahren Schuldigen gefasst, und wenn es nötig sei, werde die Regierung den dortigen Behörden noch weitere Vollmachten zu verschaffen suchen. Die Kultur könne etwas derartiges nicht dulden. Was die Regierung Irland anbiete seine keine Sanktion, sondern die ehrenvolle Teilnahme an dem größten Reiche der Welt.

## Die bayerische Einwohnerwehr

### Herr v. Kahr erzählt Weihnachtsmärchen

Im bayerischen Landtag hat gestern der Ministerpräsident, Herr v. Kahr, eine politische Rede gehalten. Er kam dabei auf die Entwaffnungsfrage zu sprechen und behauptete, die bayerischen Einwohnerwehren seien keine militärischen Organisationen, sondern „Selbstschutzverbände“ der Bürgerschaft. Diese Verbände seien notwendig, angesichts der drohenden Umsturzfürge von links. Dabei stützte er sich auf einen angeblichen Geheimbericht, der nach Moskau gegangen sein soll und der von der reaktionären Presse in den letzten Tagen veröffentlicht worden ist. Darin wird behauptet, daß der kommunistischen Kampforganisation 403 000 Gewehre, aber 200 schwere Maschinengewehre, 1200 leichte Maschinengewehre, 204 schwere Geschütze, 26 Flugzeuge, sowieminenwerfer, Flammenwerfer, Gasbomben, Sprengmittel, Tanks und Panzerwagen zur Verfügung ständen.

Aus diesen Zahlen geht schon allein hervor, daß der angebliche Geheimbericht ein frei erfundenes Märchenwerk ist. Für jeden vernünftigen Menschen ist es einleuchtend, daß es rein technisch betrachtet der Arbeiterschaft einfach nicht möglich ist, derartige Massenmengen zu verbergen. Aber was die Reaktion bisher immer dann ausgeführt, wenn die Reichswehr herabgelassen und die militärischen Geheimverbände aufgelöst werden sollten, das wiederholt sie auch diesmal, das befragt vor allem Herr v. Kahr durch seine Märchenreden im bayerischen Parlament. Es werden erfundene Geheimberichte über die „rote Armee“ verbreitet, und mit diesen Märchen hofft man Eindruck zu machen und der Entwaffnung der monarchistischen, militärischen Verbände aus dem Wege gehen zu können.

Reichswirtschaftsrat und Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats setzte am Mittwochabend die Verhandlungen über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus fort. Wir werden über diese Verhandlungen noch berichten.



# Trostlose Aussichten der Ernährung

Der Haushalts-Ausschuss des Reichstages beriet in den letzten Tagen den Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Abgestimmte Zufriedenheit lag über den Verhandlungen, nur ab und zu gestört durch das Auftreten von unabhängigen und rechtssozialistischen Rednern. Es herrschte eine Stimmung, gleich der, die in der landwirtschaftlichen Bevölkerung einzutreten pflegt, wenn die Ernte in den Scheuern geborgen ist und der Landwirt zufrieden das Ergebnis seiner Tätigkeit betrachtet. Diese Stimmung trat um so auffälliger hervor, als die dem Ausschuss mitgeteilten Tatsachen über die Ernährungsaussichten in den nächsten Monaten tröstlos sind. Zwar bestritt das der Ernährungsminister, daß die Aussichten für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln der Menge nach besser seien als in den Vorjahren. Aber selbst er konnte nicht bestritten, daß das bei der ungeheuren Steigerung der Preise nebenächlich ist, da die Massen einfach diese Lebensmittel nicht kaufen können, und daß deshalb die mengenmäßig bessere Versorgung nur für die Reichen ein Vorteil ist.

Es ist aber bezeichnend für die Auffassungen, von denen die gegenwärtige bürgerliche Regierung sich leiten läßt, daß dieses gewaltige Ansehen der Presse und die damit einsetzende gewaltige Vernehmung der Not der minderbemittelten Bevölkerung von ihr als unausweichlich betrachtet wird. Es gebe keine andere Möglichkeit, meinte der Minister, als durch dieses Uebergangsstadium hindurchzugehen. Er unterließ es allerdings sorgsam, seine Auffassung irgendwie zu begründen, daß der jetzige Zustand der gewaltigen Steigerung der Preise nur ein Uebergangszustand sei.

Wie wenig berechtigt diese Auffassung ist, ging aus der Tatsache hervor, daß mehrere Redner der agrarischen Parteien bereits neue Forderungen der Landwirte anmeldebeten. Ihr Führer, Dr. Köstler, forderte, daß der Landwirtschaft überall freie Hand gelassen wird. Er trat für ein Einjahresmonopol für Getreide ein, er forderte die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung, nicht zu dem Zweck der besseren Versorgung der einheimischen Bevölkerung, sondern der Ausfuhr, da dort noch höhere Preise winkten. Ihm ist auch der jetzige Höchstpreis für Kartoffeln von 25 Mark, zu dem die landwirtschaftlichen Organisationen sich noch vor wenigen Wochen verpflichteten, nicht genügend. Und er machte auch dem heuchlerischen Gerede der Landwirte mit der Abgabe von Kartoffeln zu geringeren Preisen an die minderbemittelte Bevölkerung ein Ende. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß, wenn die Landwirte einen Teil ihrer Erzeugung zu billigeren Preisen abgeben, doch selbstverständlich einen Ausgleich suchen müßten bei den Preisen für die in den Handel übergehenden Kartoffeln.

Noch deutlicher trat die Auffassung der Landwirte zutage in dem Auspruch, die Landwirte lassen ihr Vieh nicht hungern. Von der Not der städtischen Bevölkerung halten die Herren nur im Vorbeigehen gesprochen, zu ihrer Abhilfe aber keinerlei Neigung gezeigt. Für das Vieh aber, mit dem ihr materielles Interesse sie aufs engste verbindet, fanden sie die wärmsten Töne. Und in diesem sonst so ruhigen Ausschuss kam es sogar zu stürmischen Unterbrechungen, als trotz des Widerpruchs der Landwirte die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses bei der Meinung beharrten, daß die Landwirte nie daran gedacht haben, sich an die behördlichen Bestimmungen zu halten.

Diese Tatsache macht auch die ausdrücklich ausgesprochene Abneigung gegen die Mitwirkung städtischer Arbeiter in den Feststellungs-Kommissionen erklärlich; könnte doch dadurch die Möglichkeit entstehen, die Landwirte zu fassen, die ihr Getreide und ihre sonstigen Erzeugnisse zurückhalten, um sie ihrem Vieh zuzuführen oder in den Schleichhandel zu bringen, anstatt sie für die Ernährung der Massen bereitzustellen. Wie nötig das aber wäre, zeigten die Darlegungen des Ernährungsministers über die Brotversorgung. Er bezeichnete das Bild, das die Getreideablieferung gibt, als durchaus unerfreulich. An inländischem Getreide war bis zum 8. November abgeliefert 622 000 Tonnen, gegenüber 1 032 000 Tonnen im Vorjahre. Die Ablieferung ist in den letzten Wochen stark zurückgegangen. Die inländische Landwirtschaft müsse ihrer Ablieferungspflicht stärker nachkommen. Die Brotversorgung der Bevölkerung wird nur durch starke ausländische Einfuhren aufrechterhalten. Insgesamt sei eine Einfuhr von 2 1/2 Millionen Tonnen nötig. Für 900 000 Tonnen sind die Mittel vorhanden; für die weiteren Käufe von 1,6 Millionen Tonnen, deren Kostenbeide gegenüberwärtigen Valutaverhältnissen sich auf den ungeheuren Betrag von 12 Milliarden Mark belaufen, fehlt dagegen noch jetzt jede Deckung. Könnten die Mittel nicht beschafft werden, so müßte die in Aussicht genommene Herausgabe von Roggen unterbleiben.

Ebenso tröstlos sind die Aussichten der Fleischversorgung. Der Minister mußte zugeben, daß die Preise im freien Handel gewaltig gestiegen sind; er suchte das aber zu rechtfertigen durch den Hinweis auf die Schleichhandelspreise. Trotzdem die jetzigen Preise die Schleichhandelspreise weit übertroffen haben. Eine preisdrückende Einwirkung auf diese Preise durch die Reserve der Behörden ist nicht zu erwarten, da das Rio-Landsfleisch bereits beim Einkauf 45 Mark kostet, ein Kauf für die Massen also gar nicht in Frage kommt.

Die Mitteilungen des Ministers über die Vorgänge, die zur Freigabe der Selbstbewirtschaftung geführt haben, entrollen wider Willen ein interessantes Bild der augenblicklichen agrarischen Machtverhältnisse. Der Minister bekräftigt, daß bei der Aufhebung der Selbstbewirtschaftung zu schnell vorgegangen worden sei. Die süddeutsche Landwirtschaft habe mit der Ablieferung gestreut und so sehr auf die Freigabe gedrängt, daß den Landwirten die Konzession hätte gemacht werden müssen. Der Widerstand der Landwirte hat also die behördliche Bewirtschaftung gewaltsam zertrümmert und die Regierung habe keine andere Ausgabe gesehen, als diesem Verlangen zu entsprechen. Aber das tollste ist, daß, da die Freigabe verfügt wurde, einige Landwirte bereits abgeliefert hatten, nachträglich Entschädigungszahlungen von 58,3 Millionen Mark ausbezahlt wurden. Wenn die Arbeitslosen Erhöhungen ihrer Unterstützungen um wenige Pfennige verlangen, bereitet die Regierung den gewaltigsten Widerstand. Für die „wackelnden Agrarier“ hat sie Duzende von Millionen ohne weiteres zur Verfügung.

Selbstverständlich fehlte in dieser Debatte auch der direkte Angriff gegen die Arbeiter nicht. Der „Demokrat“ Dr. Böhm begehrt die Regelung der Arbeitszeit als die unglücklichste Maßnahme. Er behauptete sogar, daß diese Taktik unter den Massen verbreiten und als Erklärung dafür bezeichnen, daß große Teile der Bevölkerung verhungern müßten. Daß keine Angaben in den Tatsachen

keine Stütze finden, daß ihm später an Hand der Berichte der Arbeitsämter nachgewiesen wurde, daß die Landwirtschaft nur den Wunsch nach polnischen Arbeitern habe, und daß die Ernte restlos geborgen sei, wird wohl kaum verhindern können, daß dieses Strohwort Eingang in die reaktionäre Presse findet. In dieser Einstellung wie auch an der ganzen Ernährungspolitik, durch die keine Steigerung, sondern nur ein gewaltiger Rückgang der Erzeugung und die Erhöhung der Preise eingetreten sei, übten Genosse Herz und Genossin Wurm scharfe Kritik. Genossin Wurm wies insbesondere auf das Anwachsen der Sterblichkeit und des Kinderelends hin, das täglich vergrößert werde durch den Rückgang der Milchzufuhr in den Städten. Auch hierfür fand der Minister beschönigende Worte, es seien doch 87 Prozent des Rotbedarfs an Milch gedeckt!

So lieferten auch diese Verhandlungen den Beweis, daß die gegenwärtige Regierung durch ihre Politik eine gewaltige Verschärfung der Not der Massen herbeigeführt und daß alle bürgerlichen Parteien den Minister Hermes unterstützen, weil er eine Politik treibt, die den Interessen der Agrarier und des Handels voll entspricht.

## Unsere Revolutionsfeiern

Der Aufforderung der Partei und der Gewerkschaftskommission, den 9. November als Gedenktag der deutschen Revolution durch Arbeitsruhe zu feiern, ist fast durchweg Folge geleistet worden. Unsere Versammlungen waren sehr stark besucht, die Kommunisten konnten uns keinen Abbruch tun. Sie waren in einigen Versammlungen erschienen, um sie zu sprengen, sind aber überall abgewiesen worden. Die Störungsversuche haben aber deutlich dokumentiert, daß gerade durch die Verzerrungspolitiker, deren Parolen die Versammlungsprogramme besaßen, die deutsche Revolution dahin gekommen ist, wo sie heute steht. Sie zeigten uns auch, daß Einigkeit und Klarheit notwendiger denn je ist, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht das Opfer der Reaktion werden will. Unsere Anhänger waren von starker Kampfstimmung besetzt und die Störungen haben nur dazu beigetragen, den Ring um unsere Reihen fester zu schließen. Mander Genosse, der noch schwankend war, ist zu uns gestoßen, weil alle klar denkenden Arbeiter einsehen, daß von Leuten, die selbst eine revolutionäre Gedenkfeier dazu benutzen, um Zwietracht zu säen, für die Befreiung der Arbeiterklasse nichts getan werden kann!

### Neue Welt

Die Versammlung in der „Neuen Welt“ in Neuföhlen war so stark besucht, daß der Saal und die Galerie vollkommen gefüllt waren und im Saal eine große Zahl von Besuchern dicht beieinander gedrängt stehen mußten. Die Versammlung wurde durch Gesang des Männer-Gesangsvereins eingeleitet. Nach dem Gesangsvortrag hielt Genosse Crispian die Gedenkrede, in der er zunächst der gefallenen Revolutionsoffer gedachte und dann besonders auf den Tod des Genossen Haase einging. Er schilderte dann die gegenwärtige Situation der Revolution, die so ist, daß die Bourgeoisie sich an Machtbewußtsein und Selbstbewußtsein so gestärkt fühlt, daß sie in Zeiten der großen Krise außerordentliche Gewinne aus den kapitalistischen Unternehmungen erzielen konnte, und daß überall die Konturrevolution sich offen und heimlich bemächtigt und angreiflicher denn je ist. Demgegenüber befand sich die Arbeiterklasse in einer starken wirtschaftlichen Verelendung. Hinzukomme noch, daß die Arbeiterklasse gespalten ist, auf der einen Seite durch die rechtssozialistische Reformpolitik und auf der anderen Seite durch die kommunistische Putschpolitik. Aber das Proletariat wird diesen Zustand der Verwirrung und der augenblicklichen Schwäche überwinden und härter denn je den bürgerlichen Klassen gegenüberreten. Genosse Crispian sprach dann über die grundsätzlichen Fragen der Weltrevolution und wies nach, daß der Klassenkampf der Arbeiter international geführt werden muß, und daß er nur geführt werden kann in dem Sinne der U. S. P. D., die stets eine grundsatztreue, internationale sozialistische Politik betrieben hat.

Die Rede lang aus in einer Aufforderung an alle Männer und Frauen, sich von den Lasten der Unterdrückten frei zu machen, alles Niedrige und Gemeine zu verachten und die ganze Kraft zu sammeln und sich zu erfüllen mit den großen Aufgaben der sozialistischen Bewegung. Wir werden trotz aller Verleumdungen und aller Verfolgungen aufrecht unser Ziel verfolgen und den Sieg für die Menschheit erringen.

Nach der Gedenkrede wurde die „Internationale“ vorgetragen, und unter begeisterten Hochrufen auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und das kämpfende internationale Proletariat und die Weltrevolution, wurde die Veranstaltung geschlossen.

Einige Neukommunisten und Altkommunisten hatten sich im Saal unter den Versammelten verteilt in der offenkundigen Absicht, die Gedenkfeier unserer Partei zu stören. Das machte sich dadurch bemerkbar, daß schon nach den ersten Sätzen des Genossen Crispian einige törichte Zwischenrufe gemacht wurden. Diese Zwischenrufer wurden aber vom Referenten und von der Versammlung sofort zum Schweigen gebracht, so daß die Störenfriede es nicht mehr wagten, sich irgendwie bemerkbar zu machen. So konnte unsere Versammlung würdig und geschlossen zu Ende geführt werden, sie hinterließ einen nachhaltigen Eindruck auf die Teilnehmer. Etwa 5000 Personen nahmen daran teil.

### Noabiter Gesellschaftshaus

Die Gedenkfeier im Noabiter Gesellschaftshaus war überfüllt. Sie wurde eingeleitet durch Gesangsvorträge und durch Rezitationen, vorgetragen durch Frau Bloch. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Rabold, der einen Rückblick auf den Verlauf der deutschen Revolution warf und für die Tatsache, daß heute die Reaktion wieder so siegesbewußt ihr Haupt erhebt, die unheilvolle Zerrissenheit der Arbeiterklasse verantwortlich machte. Er gedachte der vielen bekannten Kämpfer, die für die Befreiung des Proletariats gefallen sind, und der vielen Unbekannten, deren Namen nicht in die Tafeln der Geschichte eingetragene werden und die aber auch ihr Bestes, ihr Leben, für uns hingegen haben. Aus den Fehlern lernen, die Arbeiterklasse nicht paßten, sondern sie zusammenzuschließen, den Kampf nicht gegen die Brüder, sondern gegen den gemeinsamen Gegner führen, in diesem Sinne müssen wir an die Erfüllung der kommenden Aufgaben herangehen, dann werden wir trotz aller Rückschläge zum Sieg kommen. So schloß Genosse Rabold seine Ausführungen. Eine Sprengtruppe versuchte dann eine Diskussion zu erzwingen. Als das an der Energie des Vorsitzenden scheiterte, begannen die Störenfriede zu lärmern, schließliche wurden sie aber wieder ruhig, als ein Sprecher von ihnen erklärte, die Gegenläufe liegen sich in einer Gedenkfeier nicht austragen, das würde besser in den politischen Versammlungen erfolgen. Die Feier ging dann ungestört zu Ende. Die Redaktionsmitglieder haben durch ihre häßlichen Szenen bewiesen, daß sie nicht über den politischen Reifegrad verfügen, der erforderlich ist, wenn das Proletariat sein Ziel, den Sozialismus, erreichen will.

### Walhalla-Theater

Der Reizraum des Walhalla-Theaters war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Viele fanden keinen Einlaß und mußten außerhalb, da eine Parallelsammlung nicht möglich war. Von unbefugter Seite wurde versucht, die Versammlung im Theatersaal ungestört zu machen, indem man einige Stunden vorher den Saal telephonisch abbestellte. Das Wunder mißlang, darum versuchte man es mit einem anderen Mittel. Eine Sprengtruppe glaubte durch Ständchen bei Eröffnung der Versammlung das Weitergehen verhindern zu können. Eine Abfuhr durch den Versammlungsleiter, die aus der Versammlung entsprechende Unterdrückung fand, setzte den Herrschaften, daß mit einem Terror ihrerseits entsprechend zu antworten wissen.

Die Feier konnte nach dieser Unterbrechung ungehindert stattfinden. Nach Rezitationen von Frau Kühnel hielt Genosse Rosenfeld die Festrede. Einigen vorlauten Zwischenrufern wurde die gebührende Antwort zuteil. Am Schluß der Versammlung kam ein Antrag, den Saal nicht zu verlassen, ihm leistete niemand Folge. Darum versuchte am Ausgang auf der Treppe ein kommunistischer Redner seine Phrasen an den Mann zu bringen. Als auch das mißlungen war, begnügten sich die Störenfriede damit, einige Hochrufe auf die 3. Internationale auszubringen.

### Pharusfale

Die Gedenkfeier ist impopular verlaufen. Über 5000 Personen nahmen daran teil. Genosse Emil Barth hielt die Rede. Er schilderte eingehend den Verlauf der Revolution und ermahnte die Arbeiterklasse dringend zur Einheit und Geschlossenheit, da sie nur so ihr großes Ziel, den Sozialismus erkämpfen könne. Störungen durch Kommunisten traten hier nicht ein. Genosse Felix trug die „Revolution“ von Kreisrat Stimmungsoll vor. Der Gesangsverein „Bedding“, verstärkt durch „Neu Erwach“, verabschiedete die Feier durch Gesangsvorträge. Mit einem Hoch auf die Weltrevolution ging die Versammlung auseinander.

### Lichtenberg

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die Gedenkfeier des zweiten Jahrestages der Revolution auch am hiesigen Orte. Zu Tausenden strömten die Teilnehmer zu der in der Aula Parkaue (der größten am Orte) abgehaltenen Versammlung. Lange vor 10 Uhr war der Raum bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß in der Turnhalle eine Parallelsammlung abgehalten werden mußte, und auch dieser Raum war in ganz kurzer Zeit gefüllt. Genosse Thurm eröffnete die Versammlung. Der Lichtenberger Männerchor trug einleitend das Lied: „Erwache Volk, erwache“ vor. Ihm folgte die vom Genossen Kauffman, Reinoldsdorf in würdevoller Weise vorgetragene Rezitation: „Die Revolution“. Genosse Ebert erteilte die Verlesungen durch den Vortrag der Lieder: „Das Grabmal“ und „Das Herz im Rhein“. Der Referent des Tages war der Genosse Stein. Er schilderte in eindringlichen Worten den Verlauf der Revolution, die Ursachen ihres Zusammenbruchs, der letzten Endes nicht auf die Schuld oder Unfähigkeit einzelner Führer, sondern auf das Zusammenwirken und Zusammenstößen verschiedener Umstände zurückzuführen ist. Alles in allem heißt es jetzt aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, die Bilanz zu ziehen und mit neuem Eifer an die Arbeit zu gehen. Wenn wir auch keine Veranlassung haben, am heutigen Tage zu jauchzen, so liegt uns so wenig Grund vor, resigniert das Kampffeld zu verlassen und zu verzagen, sondern wir müssen weiterkämpfen in dem Bewußtsein, daß den endlichen Sieg des aufsteigenden Proletariats keine Macht der Welt verhindern kann. Zum Schluß seiner Ausführung gedachte der Redner der Toten der Revolution, der von den Schergen der Konturrevolution hingerichteten Führer, der vielen namenlosen Helden, die in den Kämpfen ihr Leben lassen mußten, sowie auch der vielen Tausende, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern für ihre Uebersetzung büßen.

In der vom Genossen Jünemann geleiteten Versammlung in der Turnhalle referierte Genosse Stimmung. Auch hier hoffnungsvolle und zuversichtliche Stimmung und das Bedürfnis, allen Enttäuschungen und Hemmnissen zum Trotz den Befreiungskampf weiterzuführen bis zur endlichen Niederbringung des größten Feindes der Menschheit, des Kapitalismus.

### Bei den Gräbern der Revolutionsoffer

Beim Gymnasium an der Parkaue in Lichtenberg, wo in zwei überfüllten Sälen die Revolutionsfeiern abgehalten wurden, formierte sich ein nach Tausenden zählender Zug, der zum Friedhof in Friedrichsdorf, zu den Gräbern der Revolutionsoffer zog. Voran leuchtete das rote Banner, helle Sonne lag auf den Strohen und Bläuen, durch die der Zug unter den Klängen des Orchesters der Lichtenberger Straßenbahn in geschlossenen Reihen zog.

Bei den Gräbern der Revolutionsoffer hält der Zug. Eine kaum übersehene Menge umfließt in stummer Ergriffenheit den Raum, der die Opfer der Berliner Revolution, in ihrer Mitte Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg birgt. Es erschallen die Töne revolutionärer Arbeiterlieder. Dann spricht Genosse Georg Kaufmann freilichgehaltene Worte: „Die Toten an die Lebenden“. Nachdem die Lichtenberger Genossen einen Kranz an den Gräbern niedergelegt, verließ die Menge den Friedhof. Stumm ziehen die Männer und Frauen aus der lichtüberfluteten Stille des Friedhofs in den Alltag hinaus. Doch auf ihren Gesichtern spiegelt sich das tiefe innere Erlebnis des Tages: an den Gräbern der Gefallenen haben sich die Lebenden seelische Kraft und neuen Kampfesmut geholt.

Schöneberg. Die Revolutionsfeier wurde durch Gesangsvortrag des Schöneberger Männerchors „Einigkeit“ eröffnet. Nach der Eröffnung verlas der Kommunist die Versammlung zu sprengen. Sie wollten die Revolutionsgedenkfeier in eine öffentliche Volkversammlung umbiegen. Es mußte eine Diskussion gestanden werden. Genosse Sabbath, der in einstündiger Rede einen Rückblick auf das vergangene Revolutionsjahr und einen Ausblick für die Zukunft gab, erteilte stürmischen Beifall. In der Diskussion sprachen Vertreter der K. P. D., der Neukommunisten und der U. S. P. D. Mit Gesangsvorträgen fand die Veranstaltung ihren Schluß. Bemerkenswert ist, daß der Vertreter des Arbeitlosenrats, der Kommunist Fischer, die Arbeitslosen am Tage vorher aufgefordert hatte, unsere Versammlung zu besuchen, damit die Arbeitslosen ihre Forderungen auch hier zum Ausdruck bringen könnten. Die Art des Auftretens der neukommunistischen Redner hat aber weder den Arbeitslosen, noch der Sache des Sozialismus gedient.

Steglitz. Im Albrechtshof fanden sich über 1000 Versammlungsbesucher zusammen. Genosse Pfaffenkläger schilderte den Entwicklungsgang der revolutionären Bewegung. Wir haben uns, so fährt er aus, viel zu sehr durch gegenseitige Kämpfe angestrengt und während wir uns stritten, rüstete die Gegenseite und wurde stark. Wer heute auf dem Standpunkt steht, daß nunmehr auch die Gewerkschaften erschüttert werden müssen, der bejohrt die Geschehnisse der Reaktion. Der Arbeiter-Gesangsverein, Steglitz trug stimmungsvoll drei Lieder — „Ich warde dein, Land Heilein“, und die Internationale — vor. Ein paar Redner glaubten, die Versammlung durch Schimpfen auf die Gewerkschaften beunruhigen zu können, sie wurden aber vom Referenten und auch von der Versammlung gehärdet abgewiesen.

In Niederschönhausen referierte Genosse Stilling. Seine Darstellung der ersten zwei Revolutionsjahre und der Weltlage fand den stürmischen Beifall der stark besuchten Versammlung. Die mit einem Hoch auf den revolutionären Sozialismus geschlossen wurde.

### Regierungsbildung in Thüringen

Weimar, 10. November.

Heute abend wurde nach fünfständiger, zum Teil erregter Debatte, die Regierungsbildung für Thüringen vollzogen. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste mit Hilfe der vier Demokraten und der 11 Unabhängigen; die Kommunisten verhielten sich neutral, die Vereinigten Rechtsparteien stimmten dagegen. Die neue Regierung für Thüringen setzt sich zusammen aus den Herren: Dr. Paulsen (Demokrat), Dr. Benz und von Brandenstein (parteilos) und F. Böhm (Soz.). Als Staatsräte wurden gewählt: Hartmann-Rudolstadt (Soz.), Dr. Stiefel-Sondershausen und Prof. Krüger, Gotha (Demokraten). Die Einteilung der Ministerien erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.



# Wir bringen heute!

**Damen-Unterhemdchen** gestrickt mit langen Ärmeln **9.85**  
**Damen-Strümpfe** lang, schwarz, Ferse und Spitze verstärkt **10.95 12.95**  
**Damen-Strümpfe** lang, schwarz, Ferse und Spitze verstärkt, Reine Wolle **29.75**  
**Herren-Socken** grau, meliert, Fuß ohne Naht... **7.95 8.95**  
**Herren-Socken** grau, gestrickt, kräftige Qualität **12.75**

**Herren-Handschuhe** gestrickt, Wolle plattiert **6.95 8.95**  
**Herren-Schals** **11.75 21.75**  
**Herren-Hemden** normalfarbig, 3 Größen **55.50**  
**Herren-Hosen** normalfarbig, 3 Größen **39.75**  
**Herren-Garnitur** Jacke und Hemdkleid, verschiedene Farben, gute Qualität **87.50**

**Renforce** feinfädig, für Leibwäsche **16.50**  
**Hemdantuch** starkfädige Qualität, **18.50**  
**Louisiana** leinenartiges Gewebe **19.50**  
**Deckbettbezug** aus gutem Wäschestoff **119.50**  
**Kopfkissen** dazu passend **33.50**  
**Bettlaken** ca. 160/200, kräftiges Gewebe **79.50**

**Damen-Wäsche-Garnitur: Hemd und Kniebeinkleid**  
 aus feinfädigem Wäschestoff mit Sticker-Ansatz und Hohlsaumgarnierung, Garnitur **89.50**  
 aus vorzüglichem Renforce mit reicher Stickerei garnierung und Hohlsaumverarbeitung Garnitur **98.50**

# Jandorf

Belle-Alliance-Straße  
 Große Frankfurter Str.  
 Brunnenstraße

Kottbuser Damm  
 Charlottenburg  
 Wilmersdorfer Straße

## Theater und Vergnügungen

**Volkstheater**  
 8 1/2 Uhr: Nach Dameskus I. Teil.  
**Proletarisches Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Feinde v. Maxim Gorki  
**Neues Volkstheater**  
 7 1/2 Uhr: Major Barbara  
**Staatstheater**  
 7 Uhr: Die Journalisten  
**Deutsches Theater**  
 7 1/2 Uhr: Der Scheiterhaufen  
**Stammerspiele**  
 7 Uhr: Er ist an allem schuld  
**Großes Schauspielhaus**  
 8 Uhr: Teufelsdröckchen  
**Theater L. d. Königgräber Str.**  
 7 1/2 Uhr: Hans  
**Romödienhaus**  
 7 1/2 Uhr: Die Fackel mit dem roten Ende  
**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer  
**Residenz-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Freundin  
**Trianon-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Der Roman einer Frau  
**Walhalla-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Je toller, je besser!  
**Rose-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Mutter u. Sohn

### Central-Theater

Alte Jakobstrasse 30-32 gegenüber der Reichdruckerei

Sahen Sie die Operette „Des Schmerzwandbühler“ gesehen? Dann müssen Sie auch „Des Schmerzwandbühlers 2. Teil“

## Frau Bärbel

Operette in 3 Akten von Josef Sanga Anfang 7 1/2 Uhr.

**Ausschnelden!**  
 Besondere Vergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“.  
 Gültig nur an Wochenenden für 1-4 Personen!

Preise der Plätze einschließlich Aufstehplätze:  
 Orchester-Sessel M. 11, Parkett-Sessel M. 10, Parkett M. 8  
 Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr und von 4-6 Uhr ab.

### Theater am Rollendorfsplatz

Täglich abends 7 Uhr

## Der große Operetten-Erfolg

# „Wenn Liebe erwacht..“

**Stimmen der Presse:**  
 12-Uhr-Mittagsblatt: Es wird wohl heute in Berlin in keinem Theater auf dem Gebiete der Operette Schallendes gelollet.  
 Tagesblatt: Das war nicht ein Schritt vorwärts — ein deutlicher Schritt nach hinten über viele Höhen hinweg.  
 Kleines Journal: Man muß das Werk gesehen haben, wenn man von der heutigen Operette sprechen will.

**Ausschnelden!** Sondervergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“ gültig vom 8. bis 30. November für 1 bis 6 Personen. Nur Wochentags

Preise der Plätze:  
 H. Rang 1. 12.- M., 2. 10.- M., 3. 8.- M.  
 H. Rang 4. 6.- M., 5. 4.- M., 6. 3.- M.  
 H. Rang 7. 2.- M., 8. 1.- M., 9. 0.50 M.

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen.

# 3 Ausnahmetage

## für Plüsch- u. Pelzmäntel!!!

1a Plüschmäntel 650, 912, 1092 Sealplüschmantel 1580  
 Astrachanmantel 120 lang, auf la Faller 384 Krimmermantel 775  
 Entzückende Pelzmäntel 3750, 5225, 6340  
 Sportjacken Trikot 45-240 Kostüme 156-897  
 Eleg. Stoffröcke 42-294 Gesellschaftskleider 340-875

## Mollige Ulster

# 86, 146, 215, 320, 415, 560

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a  
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

### Spezialität: Zahn-Praxis Endter Nflg.

Altenlebensstraße 21, Hochbahnhof Bismarckstraße

Reizlos, schmerzlos  
 Zähne 5 M. und 7,50 M.  
 Schöne natürliche Farben und Formen mit echtem Kunstgummi und feinstem Porzellan.

## Ein neuer Beruf

Er ist heute der Beruf von Tausenden, die ihrer bisherigen Tätigkeit ihren Lebensberuf daraus machen. Allen, die umlernen müssen, empfehlen wir daher, ihre Körperbildung zu heben, Körper und Verfassungen auszubilden, fehlende kaufmännische oder banktechnische Kenntnisse zu ergänzen, eine technische (auch) Ausbildung zu erwerben oder technische u. kaufmännische Kenntnisse zu vertiefen. Der Beruf des Buchhändlers ist ein solcher. Preis 2 M. 20 Pf. über die Selbstunterrichtsanstalt Berlin oder die technische u. kaufmännische Bildung des Ausländers. Preis 2 M. 20 Pf. über das System Karmach-Buchhändler. Stand und Beruf bieten wir an. Bucher & Buchfeld, Verlag, Potsdam

## Garantiert reiner Rauchtobak

Tabakgroßhandlung W. Jähro  
 Reinköln, Hermannstr. 32 :: Telephon 8907  
 Täglich Vertreter überall gesucht.

## Münzen :: Briefmarken

kauft Großmann, Johannisstr. 4, Norden 106 21.

# !!! ACHTUNG !!!

bisher noch von keinem erreicht!

## Lüll-Gardinen M. 35.00

Berlin 3 Riegel (ohne Maß) von 200 cm

## Mull M. 5.95

1 Meter von 200 cm

## Adam's Gardinen- u. Seppichhaus

Frankfurter Allee 58/59, Krenn str. u. Weinstr. 115

## Phorosan-Heilinstitut

für Haut- und Geschlechtskrankheiten

Großbeerenstr. 67  
 Sprechzeiten 11-5, außer Dienstag. Sonntag 10-12.  
 Generelles Behandlung nach dem neuen wissenschaftlichen Phorosan-Verfahren. Erythrolin, Bromwasser, Salicyl, Salicyl-Natrium, Salicyl-Lösung, Sep. Lösser, Kautschuk-Broschüre, Die Phorosan- und die Salicyl-Lösung. M. 2.-, Preis 2 M. gegen Porto.

## Grosse Volkoper Berlin

„Neue Welt“, Polenzstraße 108-114

Freitag, 12. November 1920, abends 7 1/2 Uhr:  
**Verdi-Puccini-Abend**  
 Nertha Stolzenberg J. Mann Heiner Schluoson  
 Karten 5-1.50 einzeln. Steuer 50 Pf. & 10 Pf.  
 Wechseln, Reduzieren, Rückgabe

Freitag, 12. November 1920, abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour**  
 Musik. Leitung: Generalmusik Dir. Leo Bloch  
 Mitwirkende: Mitglieder der Staatsoper  
 Karten 50 Pf. & 10 Pf., Wechseln, Reduzieren, Rückgabe, Vergütung 43  
 Kartellgesetz, O. V. D. Ermächtigung zur Bureau (Kass)

## Fahrradgummi wieder billiger!

Neue Laufmatten, 28x1 1/2, **55.- M., 60.- M., 65.- M., 75.- M.**  
 Luftschläuche 20.- M., 25.- M. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.

Neue Fahrräder mit Gummibereifung **550.- M.**  
 25000 Karbidlampen Stück 4,50 M., 6.- M., 8.- M., 10.- M., 15.- M., 25 M.  
 Stall-Lampen 25.- M., 30.- M. Karbidbrenner 0.50 M. Prima Karbid kg 5 M.

## ERNST MACHNOW, Weinmeister-Straße 14

Größtes Fahrradhaus Berlins

## B. FEDER

Brennstraße 1 | Kottbuser Damm 100  
 Frankfurter Allee 290 | Charlottenbg. Scharrnstr. 5

## Damen- u. Herren-Konfektion

in grosser Auswahl.  
 Kostüme in Kaumgarn, moderne Form.  
 Ulster, Strick- u. Flanelljacken.  
 Mantelkarder, Kleider l. Seide u. Wolle  
 Röcke, Blusen in Seide, Crêpe de Ch. no als  
 Pelzkragen, Pelzmuffen  
 Kreuzfächer.

## Herren-Ulster und Paletots

Herren-Anzüge, einzelne Hosen  
 Herren-Konfektion  
 Auf Wunsch Zahlungsanfertigung



### Hugo Haase zum Gedenken

Von Artur Crispian

Am 8. Oktober 1919 wollte unser Genosse Hugo Haase in der Nationalversammlung in einer großen politischen Rede das Treiben der kapitalistischen und militaristischen Reaktion aufdecken und das klassenbewusste Proletariat erneut zum Kampf aufrufen. Vor dem Reichstagsgebäude schoß ein Mordgeselle auf Haase. Unter den Augen brach Haase verwundet zusammen. Man schaffte ihn ins St.-Gedwig-Krankenhaus. Anfangs hieß es, Haase sei nur leicht verwundet. In etwa zehn Tagen würde er wieder hergestellt sein. Diese Hoffnungen wurden grausam enttäuscht. Es folgten qualvolle Wochen banger Erwartung. Und dann kam die furchtbare Gewißheit, daß einer unserer Besten nicht mehr zu retten sei. Am 7. November 1919 starb Hugo Haase.

Ein Jahr ist seit dem Tode unseres Genossen Hugo Haase vergangen. Ein Jahr, reich an Geschehnissen für uns, selbst an den ereignisreichen Zeiten einer Revolution gemessen. Wir haben den Parteitag von Leipzig, den Rapp-Putsch, die Reichstagswahlen und den Parteitag von Halle hinter uns.

Die Vorbereitungen für den Parteitag in Leipzig hatten wir noch gemeinsam mit Haase eingeleitet. Er sollte das neue Aktionsprogramm entwerfen und auf dem Parteitag begründen. Haase war sich mit uns darüber einig, daß unser Märzprogramm von 1919, entsprechend der inzwischen veränderten revolutionären Situation, neu formuliert werden mußte. Der Tod riß Haase mitten aus diese Arbeiten. Das war einer der schwersten Schläge für unsere junge Partei. Es dünkte uns unfassbar, daß wir fortan ohne Haase auskommen sollten!

Hugo Haase verfügte über ein ebenso umfangreiches, wie vielseitiges Wissen, er hatte einen klaren Blick auch in die verworrensten Verhältnisse, er besaß die Gabe, rasch und sicher richtige Entscheidungen zu treffen, er war voller Anregungen und Energie, er war von unermüdlicher Aktivität und verfügte über eine unverwundliche Arbeitskraft. Hugo Haase war ein Mensch von lauterem Charakter, er war revolutionärer Sozialist aus innerster, gläubigster Ueberzeugung: ein echter Bahnbrecher und Führer.

Und diesen Führer raubte uns ein Bravo, ein gedungener Mordhelmschütze.

Sofort nach dem Attentat auf Haase erklärten wir in aller Öffentlichkeit, wir hätten keine Hoffnung, daß wir unter dem herrschenden System die Wahrheit über die Motive und über die Anführer des Mordes erfahren würden. Zu diesem System haben wir nach wie vor kein Vertrauen. Aber das glauben wir, daß die Wahrheit sich früher oder später Bahn brechen wird, trotz der notorischen Verleumdungsmanöver dunkler Mächte. Das Kapitel der Arbeitergeschichte, das von der Ermordung unseres Genossen Hugo Haase handelt, ist noch nicht abgeschlossen.

Seit dem Tode unseres Hugo Haase haben wir ein Jahr wiederholter Massenaktionen hinter uns. Von der friedlichen Straßendemonstration bis zum politischen Massenstreik und zum bewaffneten Aufstand. Unsere Partei hat sich, nehmt alles nur in allem, wacker geschlagen. Sie gewann an Vertrauen bei immer größeren Arbeitermassen, sie wurde zur Millionenbewegung, zur politischen Führerin des revolutionären, industriellen Proletariats. Die Gewinnung auch des ländlichen Proletariats wurde wirksam eingeleitet. Unter Mähen und

Opfern hatte sich die klassenbewusste Arbeiterschaft in unserer Partei eine bedeutende Macht geschaffen, zum Kampf um die Eroberung der politischen Macht.

Da zwangen uns blanquistische und opportunistische, offene und versteckte Kommunisten zu den schwersten inneren Parteikämpfen. Der Halle'sche Parteitag hat diesem parteiunverderblichen Spiel ein Ende gemacht. Wir haben uns von den Parteierführern befreit.

Wie oft haben wir auch in diesen bösen Zeiten an Hugo Haase gedacht, wie oft ihn vermisst! Darüber besteht nicht der mindeste Zweifel, daß Haase ohne Schwanken zu unserer Partei gestanden hätte, zu der revolutionären marxistischen Partei des proletarischen Klassenkampfes. Mit jenen unsicheren Kantontisten, die heute zu den Kommunisten gezogen und gestochen, gelockt und gepöbeln sind, hatte auch Haase schon wiederholte Auseinandersetzungen. Auf dem März-Parteitag 1919 sprach Haase es aus, daß die Formen der politischen Machtverschiebungen und der sozialen Umwälzungen in den einzelnen Ländern nicht die gleichen sein können wie in Rußland oder wie in Deutschland. Scharf geistige Haase die Taktik der Rechtssozialisten, durch die die kapitalistische Gesellschaft verankert wird, statt sie zu überwinden. Das Denken der Rechtssozialisten ist verbürgerlicht, ist „national“. Auf allen Gebieten geben unsere und der Rechtssozialisten Anschauungen auseinander. Die letzte Zeit hat indes bewiesen, daß die Arbeiter, die den rechtssozialistischen Führern folgen, angefangen haben, sich von ihnen loszulösen, sich mit uns zu vereinen. Diesen Prozeß zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Keine Aufklärungsarbeit darf in dieser Beziehung unterbleiben.

Ebenso klar zog Hugo Haase die Grenzen nach links: Wir sind Gegner der blanquistischen Taktik. Es ist unmöglich, daß eine kleine, fühne Schar, die die Gewalt an sich reißt, den Sozialismus durchführen kann. Die Kampfmittel des Proletariats sind nicht Terror und Mord. Das Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Hugo Haase wandte sich gegen die arbeitserfindliche Betätigung der Kommunisten, durch die die Massen gespalten und zerklüftet werden. Eine Taktik der Abenteuer können wir nicht mitmachen! Wir wollen die Massen sammeln auf Grund ihrer Einsicht in die Richtigkeit unserer Grundsätze. Wenn wir unermüdlich tätig sind im Geist der großen Zeit, in der wir leben, denn groß ist sie trotz all des Traurigen und Schweren, das wir erleben, dann werden die Proletariatsmassen uns folgen. Dann kommt die Herrschaft des Proletariats, die Diktatur des Proletariats, als notwendige Einrichtung für die Übergangszeit und zur Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Den Verrätern und den Feinden der Revolution hielt Hugo Haase ein treffliches Zitat aus der kommunistischen „Roten Fahne“ entgegen, die damals noch vom Geiste des Genossen Liebknecht und der Genossin Luxemburg beherrscht war, bevor sie vor dem Geist aus Moskau kapitulierten:

„Nicht einzelne Führer, an die Macht gelangt, sind das Ziel der Revolution, nicht einzelne Gruppen, an die Regierung gebracht, sind deren Erfüllung. Als Klasse, in seiner überwiegenden Mehrheit, muß das Proletariat zur Machtergreifung willens und fähig sein: nur so kann auch das Rätesystem, das ohne die lebende Mitwirkung des Proletariats eine leerlaufende Maschine ist, schaffende Wirklichkeit werden. Das Proletariat wird aber zu diesem Willen und zu dieser Befähigung nur erzogen im politischen Kampf der Revolution: Presse, Rede, Versammlungen, Demonstrationen, Streiks, Generallstreik sind die Mittel.

Nicht aber ist ein Mittel der Schießprügel. Der ist höchstens ein Mittel, wenn er von rechts angewendet wird: dann klärt er die Masse auf. Von links aber der Schießprügel und die Handgranate angewendet gegen große Teile des Proletariats, die heute noch nicht zu uns stehen, ist nicht ein Mittel, die Machtergreifung des Proletariats zu fördern, sondern die Revolution in den Lagern der Proletariatsmassen zu diskreditieren, die wir für die Revolution gewinnen müssen. Erst wenn das vollbracht ist, läßt sich an bewaffneten Kampf gegen die dann ohnmächtigen Reste der Bourgeoisie denken. Die Schießprügelhelden von rechts heißt man Konterrevolutionäre, die von links heißt man Putschisten oder wie sie sich manchmal nennen, Syndikalisten oder Anarchisten. Die von rechts sind die Verräter, die von links sind die Feinde der Revolution. In ihrer Wut gegen die Revolution sind sie beide gleich.“

Wenn alle Kommunisten diese Ausführungen ihrer „Roten Fahne“ beherzigen würden, sagte damals Hugo Haase, dann wären wir einig. Wir wissen heute, daß wir gezwungen wurden, unsere Partei von den Feinden der Revolution zu befreien, damit wir wieder geschlossen gegen die Verräter der Revolution marschieren können. Und damit haben wir durchaus im Geist unseres großen Toten, Hugo Haase, gehandelt. Damit haben wir unsere Partei gesund gemacht und ihr neue Verbeirung, neue Stärkungs- und Aktionsfähigkeit gegeben.

Wie Hugo Haase jederzeit eine grundsätzliche internationale sozialistische Politik getrieben hat, so wollen auch wir vom marxistischen Standpunkt aus, frei von jeder nebelhaften Praeologie, an die Erfüllung der geschichtlichen Mission unserer Partei arbeiten. Arbeiten mit dem glühenden Eifer, mit dem Haase für die Menschheit gearbeitet hat, bis ihn ein Mensch, in dem andere die Bestie aufgepeitscht hatten, mordete.

Junger, wenn wir an diese ruchlose Tat denken, ergreift uns neuer Schmerz, treibt uns neuer Born rascher das Blut durch die Adern. Was die Genossin Haase in ihrem Lebensgefährten verloren hat, das vermag selbst die Zeit zu kaum heilen. Möge ihr und ihren Kindern unser ehrendes Gedenken an Hugo Haase wenigstens eine Linderung der Schmerzen bringen.

Was unsere Partei und damit die Arbeiterklasse, ja mehr, was die Menschheit an Hugo Haase verloren hat, müssen wir versuchen, mit verdoppeltem Eifer zu ersetzen. In unsere Trauer um einen unserer besten Führer klingen die Signale der Weltrevolution. Diesen gefallenen Kämpfer ehren wir kämpfend am würdigsten. Laßt uns den Tod unseres Hugo Haase rächen! Rächen, indem wir alles daran setzen, jene Worte wahr zu machen, mit denen Haase am 23. Oktober 1918, in jener Zeit, wo die Kronen aufs Pflaster rollten, im Reichstage seine Rede schloß:

„Die Södenämmerung für das alte System ist herein gebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Rühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern; wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.“

### Hunger

Roman von Knut Hamsun.

So sah er also in der Nähe aus, dieser Mann, dessen Namen ich schon in meiner frühesten Jugend gehört und dessen Bild während all dieser Jahre den größten Einfluß auf mich gehabt hatte. Sein Haar ist lockig, die schönen braunen Augen zuweilen unruhig; er hat die Gewohnheit, dann und wann ein wenig zu schnauben. Ein schottischer Geistlicher könnte nicht milder aussehen als dieser gefährliche Schriftsteller, dessen Worte dort, wo sie hinfielen, stets blutige Striemen zurückschießen. Ein eigentümliches Gemisch von Furcht und Bewunderung befiel mich vor diesem Manne; die Tränen kommen mir beinahe in die Augen, und ich trete unwillkürlich einen Schritt vor, um ihm zu sagen, wie innig ergehen ich ihm sei für alles, was er mich gelehrt, und ihn zu bitten, daß er mir sein Leid bereiten möge; ich sei nur ein armer Stümper, dem es ohnehin traurig genug ergehe...

Er blinzelte auf und legte mein Manuskript langsam zusammen, während er sah und nachdachte. Um ihm die abschlägige Antwort zu erleichtern, streckte ich die Hand aus und sagte:

„Ach nein, es ist natürlich unbrauchbar.“ Und ich lächelte, um ihn glauben zu machen, daß ich es leicht nehme.

„Wir können nur ganz populäre Sachen brauchen“, sagte er. „Sie wissen, welcher Art unser Publikum ist. Können Sie es nicht etwas einfacher machen? Oder etwas anderes bringen, was die Leute besser verstehen?“

Seine rücksichtsvolle Art und Weise leht mich in Erinnerung. Ich verstehe, daß mein Artikel kassiert ist, und doch hätte keine abschlägige Antwort lebenswürdiger sein können. Um ihn nicht noch länger aufzuhalten, sage ich:

„Gewiß, das kann ich.“

Ich gehe nach der Tür. hm. Er möge entschuldigen, daß ich ihn mit dieser Sache belästigt... Ich verbeuge mich und lasse nach der Klinke.

„Wenn Sie etwas brauchen, können Sie ja einen kleinen Vorstoß bekommen“, sagt er. „Sie können ihn abarbeiten.“

Jetzt, wo er gesehen, daß ich zum Schreiben nichts taugte, demütigte sein Anerbieten mich ein wenig, und ich entgegnete daher:

„Rein, danke, ich kann mich noch eine Zeitlang behelfen. Uebrigens besten Dank! Ich empfehle mich!“

„Empfehle mich!“ antwortete der „Kommandeur“ und drehte sich wieder nach seinem Schreibtisch um.

Er hatte mich trotzdem unverdient wohlwollend behandelt, und ich war ihm dankbar dafür; stets wieder ich das anerkennen. Ich nahm mir vor, nicht eher wieder zu ihm zu gehen, als bis ich ihm eine Arbeit bringen konnte, mit der ich ganz zufrieden war, die den „Kommandeur“ in Erstaunen setzen und veranlassen würde, mir ohne Bedenken zehn Kronen anzuweisen. Damit ging ich nach Hause und begann meine Schreiberei von neuem.

An den folgenden Abenden, wenn es ungefähr 8 Uhr war und das Gas angezündet wurde, passierte mir regelmäßig folgendes.

Sobald ich aus dem Torweg trete, um nach des Tages Nähe und Bekwerden einen Spaziergang durch die Straßen zu machen, steht neben dem Laternenspfahl gleich an der Tür eine schwarzgekleidete Dame, die mir das Gesicht zuwendet und mir mit den Händen folgt, wenn ich an ihr vorüber gehe. Ich bemerkte, daß sie stets denselben Anzug trägt, denselben dichten Schleier, der ihre Züge verbirgt und auf ihre Brust herab fällt; in der Hand hält sie einen kleinen Regenschirm mit Eisenbeinring.

Ich hatte sie schon drei Abende bemerkt, immer auf derselben Stelle; sobald ich an ihr vorüber bin, wendet sie sich um und geht die Straße hinunter fort von mir.

Mein nervöses Hirn streckte seine Fühlhörner aus, und sofort bemächtigte sich meiner die widersinnige Ahnung, daß ihr Besuch mir gelte. Zulezt war ich beinahe im Begriff, sie anzureden, zu fragen, ob sie jemand suche, ob sie meiner Hilfe bedürfe, ob ich sie nach Hause begleiten, sie trotz meines leider sehr schlechten Anzuges in den dunklen Straßen beschützen dürfe; aber ich begte die unbestimmte Furcht, daß es etwas kosten könne, ein Glas Wein oder eine Wagenfahrt, und ich hatte absolut kein Geld mehr; meine trostlos leeren Taschen wirkten allzu niederdrückend auf mich, und ich hatte nicht einmal den Mut, sie ein wenig scharf anzusehen, wenn ich an ihr vorüber kam. Der Hunger haute schon wieder bei mir, seit gestern Abend hatte ich nichts zu essen; das war allerdings noch nicht lange, ich hatte es oft mehrere Tage aushalten müssen; jetzt aber begann ich bedenklich abzunehmen, ich konnte nicht mehr so gut hungern wie früher, ein einziger Tag machte mich jetzt oft betäubt, und sobald ich einen Schluck Wasser trank, litt ich an Uebelkeit. Dazu kam noch, daß mich des Nachts frost, daß ich mich mit allen Kleidern, wie ich ging und stand, ins Bett legte,

daß ich allabendlich unter Schüttelfrost schlafen ging und während der Nacht fast erstarrte. Die alte Decke vermochte den Zugwind nicht abzuhalten, und morgens erwachte ich davon, daß mir die Nase durch die scharfe Eislust, die von außen hereinbrand, fast zugefroren war.

Ich gehe durch die Straßen und denke darüber nach, wie ich es anstellen soll, um mich über Wasser zu halten, bis mein nächster Artikel fertig ist. Wenn ich nur eine Kerze hätte, würde ich versuchen, auch in der Nacht loszulegen; das würde mich um ein paar Stunden weiterbringen, wenn ich erst richtig im Zug war, und morgen konnte ich mich wieder an den „Kommandeur“ wenden.

Ohne weiteres gehe ich ins Café und suche nach meinem jungen Bekannten aus der Bank, um mir zehn Dore für eine Kerze zu verschaffen. Man ließ mich ungehindert durch alle Zimmer gehen; ich kam an einem Dukend Tischchen vorüber, wo plaudernde Gäste aßen und tranken; ich drang sogar bis in das Innerste des Cafés, bis ins „Rote Zimmer“, ohne meinen Mann zu finden. Niebergedrückt und ärgerlich zing ich wieder auf die Straße und schlug die Richtung nach dem Schlosse ein.

Beim lebendigen Satan, es war doch aber auch zu arg, daß meine Widerwärtigkeiten kein Ende nehmen wollten! Mit langen rasenden Schritten den Koffragen im Nacken brutal emporgeschlagen, die Fäuste in den Hosentaschen geballt, so ging ich und schimpfte den ganzen Weg entlang über meinen unglücklichen Stern. Seit sieben, acht Monaten keine einzig wirklich sorglose Stunde, kaum eine kurze Woche hindurch die notdürftigste Speise — dann postete die Not von neuem an und legte mich lahm. In all meinem Elend war ich obendrein noch ehrlich gewesen, ha, ha, gründebrüch! Gott bewahre mich, wie töricht ich gewesen! Und ich begann mir vorzuerzählen, wie ich ein böses Gewissen gehabt, weil ich Hans Paulis Bettdecke einmal zum Pfandleiher getragen. Ichachte höhnisch über meine empfindsame Rechtschaffenheit, spuckte verächtlich auf die Gasse und fand keine Worte, die stark genug gewesen, um mich meiner Dummheit wegen zu verspotten. Das hätte nur jetzt passieren sollen! Wenn ich in diesem Augenblick den Spatzfennig eines Schulfleisses auf der Gasse gefunden hätte, den letzten Pfennig einer Witwe — ich würde ihn ruhig aufnehmen, in die Tasche stecken, in aller Gemütsruhe schlafen, und die Nacht darauf wie ein Esel schlafen. Ich hatte doch nicht umsonst so viel gelitten, meine Geduld war zu Ende, ich war zu Allem bereit.

(Fortsetzung folgt.)



# Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 6. November

Heute früh wurde unter großer Beteiligung der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs eröffnet. Genosse Henke von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wählte als Gast der Leitung bei.

Setzt führt aus: Die Verhandlungen des Parteitages fallen zeitlich zusammen mit dem Beginn einer neuen politischen Ära der Republik. Das System der Koalitionsregierung wird abgelehnt durch das System der Mehrheitsregierung der bürgerlichen Parteien. Fast zwei Jahre sind es her, daß wir aus den Trümmern der alten Monarchie die Republik Österreich bereitet haben. Ras und heftig standen die deutschen bürgerlichen Politiker im Oktober 1918 am Grabe eines Staates, dessen Übergang sie nicht verschuldigt hatten. Ras und heftig sahen sie die Krone verfallen, die Truppen zerstückten, die öffentliche Ordnung zusammenbrechen, ras und heftig handten die Kriegsparteien vor der rächenden Gewalt der Sieger, vor dem Mangel an Nahrung, an Kohle, an Rohstoffen und finanziellen Mitteln. Die Sozialdemokratie allein war unerschrocken und der großen historischen Aufgabe gewachsen. Die Früchte ihrer Arbeit ernteten die bösen Berichter. Eine Partei, die in diesem Jahre der Welt ihre Kämpferzahl vermehrt, ihre Bildungsorganisation und ihre Werke im Aufgebaut, wie der vorliegende Bericht darlegt, eine Partei, die einen Parteitag bildet wie dieser, ist unbesiegt und unüberwindlich.

Otto Bauer wagt in eindrucksvoller Rede den Wandel der russischen und Monarchen Machtverhältnisse in Europa und Österreich, der zur Auflösung der Koalition geführt hat; er beantragt folgende Resolution:

Auf den Trümmern der Lobenburgischen Monarchie hat die deutschösterreichische Arbeiterklasse den bestehenden Klassen die demokratische Republik aufgeworfen. Die Vertreter des Proletariats mühen sich an der Regierung teilnehmen, um die Republik zu schaffen, auszubauen und zu befestigen. Dadurch hat die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse eine bedeutende Erweiterung ihrer Machterhaltung nicht nur im Staat, in den Ländern und in den Gemeinden, sondern auch in den Betrieben und in den Fabriken erobert, ihr das glücklichste Terrain für die weitere Führung des Klassenkampfes eröffnet. Aber die Republik kann auch in Österreich nur eine bürgerliche Republik sein, solange in ganz Mittel- und Westeuropa die kapitalistische Produktionsweise fortbesteht. In dem Maße, als es der Bourgeoisie in ganz Mittel- und Westeuropa noch einmal gelungen ist, das Proletariat in die Defensive zu drängen, tritt auch in Österreich das Wesen der jungen Republik als einer bürgerlichen Republik schärfer hervor. Die Koalition, die unvermeidlich notwendig ist für das Proletariat fruchtbar war, solange weder die Bourgeoisie noch das Proletariat allein die Republik regieren, ist nicht mehr notwendig und wäre für das Proletariat nicht mehr förderlich, sobald sich im Gefolge der allgemeinen mittel- und westeuropäischen Entwicklung auch die deutschösterreichische Bourgeoisie wieder stark genug fühlt, den Staat allein zu regieren. Es ist das Ergebnis dieser allgemeinen Entwicklung, daß auch in Österreich die Führung der bürgerlichen Republik der Stadt- und Bourgeoisie zufällt und das Proletariat ihr gegenüber in die Stellung der Opposition zurücktritt. In dieser Stellung hat die Sozialdemokratie eine doppelte Aufgabe, einerseits die Republik gegen alle Anschläge der monarchistischen Reaktion zu verteidigen, andererseits der Bourgeoisiepublik gegenüber den Kampf um die sozialistische Republik zu propagieren, zu organisieren und voranzubringen. Von diesen Grundlagen ausgehend, blüht der Parteitag den Austritt der sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre aus der Regierung und den Beschluß des Sozialdemokratischen Verbandes, über Verhandlung über die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung.

Bildung abzulehnen. So... Forderungen und Grundsätze stellen wir an: Ausschluss Österreichs und Abweisung jeder rechtsgerichtlichen Verbindung mit Ungarn und anderen Nachfolgerstaaten. Anknüpfung normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland. Wahrung des Völkerrechts. Ausbau der republikanischen Macht. Kampf gegen die reaktionären Feindversuche.

Genosse Friedrich Adler spricht über Partei, Arbeiterklasse und Internationale. Die Begeisterung über die Einheit der Partei ist ein Gefühl, das in uns allen lebt. Das Problem der Einheit ist aufgerollt. Es handelt sich bei den Konflikten innerhalb der Arbeiterbewegung Österreichs nicht um Fragen des Programms, nicht um Differenzen in der Einschätzung dessen, was als Prinzip von uns aufgestellt werden muß. Dadurch unterscheiden sich der gegenwärtige Konflikt innerhalb der Partei von jenem im Kriege. Dieser war eine Auseinandersetzung gegen die spezifische Vornehmheit des Reformismus, und der jetzige Konflikt ist eine Auflehnung gegen die revolutionäre Borniertheit. Es gibt nur Leute, die uns heute landen machen wollen, alles, was geschieht, kann nur auf revolutionären Wegen geschehen. Während wir Marxisten immer auf dem Standpunkt geblieben sind, daß die Verhältnisse in der Welt viel zu mannigfaltig sind in den verschiedenen Staaten und in den verschiedenen Entwicklungsstadien, als daß wir uns auf die eine oder andere Methode prinzipiell festlegen könnten. Und so scheinen mir alle diese Streitigkeiten, die sich da über Demokratie und Diktatur entwickeln, im wesentlichen nichts als müßige Streitigkeiten, weil von unserer marxistischen Auffassung aus alle Möglichkeiten, auch Möglichkeiten der Entwicklung in verschiedenen Ländern der verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalismus gesehen sind. Es handelt sich also um eine Differenz in der Gesichtsperspektive, um eine Differenz, in dem was sachlich möglich ist. Die Kommunisten haben ihre Taktik auf die eine Karte der russischen Revolution gesetzt und daraus die notwendige Konsequenz gezogen, daß man alles tun müsse, ohne Rücksicht auf die Ereignisse im Lande, der russischen Revolution zum Siege zu verhelfen. Wir haben darin nicht die einzige Möglichkeit der Entwicklung der Revolution und eine Untergrabung der anderen Möglichkeiten des Sieges der proletarischen Weltrevolution. Wir wollen keine Niederlage im eigenen Lande, die niemand nützen könnte. Wir waren der Überzeugung, daß der Sieg der Weltrevolution erst möglich sein werde, wenn die Revolution auch jene Länder ergriffen hat, die die Industriezentren der Welt sind. Diese Differenzen in der Taktik, die durch die Existenz von Konfliktländern bedingt ist, hat die Arbeiterparteien aller Länder gelöst. Wir können mit innerer Befriedigung feststellen, daß unsere Arbeiterbewegung besser gelöst ist als die irgend eines Landes. Die unmittelbare Lehre, die das Schicksal der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorstellt, die bei den letzten Wahlen die Hälfte Deutschlands vorstellte, die bei den letzten Wahlen die Hälfte des Proletariats vereinigte, und damit unsere Hoffnung geweckt ist, zwingt uns, das Problem der Parteeinheit zu klären. Es sind kaum hundert Leute, vielleicht nicht einmal Dutzende, die sie bedrohen. Wir wollen aber die Gefahr nicht austreiben lassen. Das Recht der Opposition ist im Rahmen der Partei gegeben; volle Meinungsfreiheit, aber keine Sonderaktion; so haben es auch wir gehalten, als wir die Opposition während des Krieges führten. Es war die schwerste Sorge in jener Zeit für uns, daß wir uns immer wieder sagten: dieser Gegenstand der Klörungen ist so wichtig, und es war unser Herablat daran, daß die Politik, die wir für die richtige halten, zum Durchbruch kommen soll. Aber wir wußten, daß wir eines der kostbarsten Güter der Partei, ihre ganze Kraft, auf das Spiel setzten, wenn es zur Spaltung kommt, und es war eines der Motive für mich in Attentat, die Ermögung, daß ich die Hoffnung hatte, damit die Partei in eine andere Richtung zu drängen und damit die Einheit zu erhalten. (Starker Beifall.)

Zur Internationale führt Genosse Friedrich Adler aus: Ich habe von Anfang des Krieges die Meinung vertreten, daß

durch die Politik der einzelnen Parteien die Internationale ruiniert wurde. Meine ganze Politik war diktiert von dem Gedanken, die Internationale wieder möglich zu machen. Deshalb sind wir nach Bern und nach Luzern gegangen, vor allem aber, um den Zustand der Parteien der anderen Länder festzustellen. Die Deklaration, die ich und Longuet verfaßt, haben den Zusammenbruch der zweiten Internationale gestellt. Aber wir Österreicher haben uns heils gehofft, in diesen Fragen Phantasien zu machen, schöne Worte, schöne Gesten zu zeigen. Es kam uns darauf an, die Schwierigkeiten des Problems zu überwinden, und wir haben konsequent eine Taktik eingeschlagen, um wirklich das Ziel der Internationale zu erreichen, um zunächst in den Parteien der anderen Länder die Situation nicht zu erschweren, haben wir die Hinausschiebung des Genfer Kongresses um mindestens ein halbes Jahr verlangt, in der Erwartung, daß nicht nur allein der Kriegswahn und der Nationalismus, sondern auch der revolutionäre Wahnsinn abflauen und die Möglichkeiten der Verständigung günstiger gestalte. Inzwischen haben die Unabhängigen Partei Deutschlands und die französische Partei ihre Entscheidung gefällt. So war es klar, daß infolge der Kompromittierung durch die Kriegspolitik aus der zweiten Internationale keine neue entstehen konnte. Daher haben wir von einer Beschädigung des Genfer Kongresses abgesehen und erklärt, daß sie kein Instrument zur Erneuerung der Internationale darstelle.

Wir haben nun auszusprechen, was ist. Wir treten aus der zweiten Internationale aus! Sollen wir der dritten Internationale beitreten? Es kann kein Zweifel sein, daß es, insbesondere, nachdem von Moskau mit aller Deutlichkeit gesagt wurde, daß es sich um eine Zentralisation der kommunistischen Partei handele, und insbesondere nach den 21 Punkten, für uns keine Rede sein kann, daß wir uns der dritten Internationale anschließen. Ich brauche gar nichts weiter zu sagen, um so mehr, da die Meinungen über die dritte Internationale durch ihre Taktik gegenüber der gewerkschaftlichen Internationale eine vollkommene Klärung gefunden hat. Eine Organisation, die die Gewerkschaftsinternationale untergraben will, ist für uns unmöglich. Wir müssen Amsterdam für das, was es geleistet hat, den Dank aussprechen. Worauf es ankommt, daß ein mißlicher Neuaufbau einer Internationale, die weder die Geburtsfehler der zweiten noch die der dritten aufweist, stattfindet. Wir haben keinen Grund, uns an die dritte Internationale anzuknüpfen und sie um Gnade zu bitten, daß sie uns aufnehmen. So sehr wir ihre revolutionäre Leistung bewundern, so müssen wir doch sagen, daß wir keinen Grund haben, uns ihrer Leistungen zu schämen. Wir werden in die Internationale nur eintreten als Gleiche zu Gleichen. Nicht eintreten können wir als diejenigen, die nur unter Bedingungen aufgenommen werden, sondern in solidarischer Verhandlung heraten, für welche Ziele wir kämpfen. Und deshalb ist dieser Vorschlag, dieser entwürdigende Vorschlag, der sich in Deutschland vollzogen hat und sich in Frankreich vollzieht, dieses sich Nichtbewußtsein seiner eigenen Kraft, was da in Erscheinung tritt, für uns unmöglich. Wir sind bereit, mitzuarbeiten an einer Internationale, und wir glauben, daß es möglich sein werde. Wir werden daher mit jenen Parteien der anderen Länder, die in der ähnlichen Lage wie wir sind, uns zu einer Konferenz zusammensuchen und die Grundlagen zu einer Internationale der Tat vorbereiten, die die Massen der Arbeiter aller Länder vereint, denn auf die Massen der Arbeiter kommt es auf dieser Konferenz an. Wir werden unseren Vorschlag zur Diskussion stellen, die Internationale nicht nach dem Parteitypus, sondern nach dem Typus des Arbeiterrates aufzubauen.

Französische Ehrung für deutsche Soldaten. General Caron hat im Namen des 32. französischen Armeekorps auf dem Friedhof bei Neuilly a. d. Seine auf den Gräbern der deutschen Gefallenen einen Kranz niederlegen lassen. Das gleiche that der Delegierte der Internationalen Kommission, Captain De Laube, jun.

# Betrug!



Nachbildung einer Fälschung!

Ein Fälscher hat sich die Mühe gemacht, die Massary-Zigaretten infolge ihrer hervorragenden Eigenschaften in großer Menge gefälscht zu haben. Die Fälschungen sind in unheimlicher Weise ausgebaut und sind äußerlich mit einem doppelten Gummistempel versehen. Auf dem Gummistempel steht: Original-Massary-Zigaretten. Die Fälschungen sind in einem besonderen Behälter (siehe Abbildung) und sind sofort durch den auffälligen feinsten Tabak und unvollständigen Umverpackung als Fälschungen gekennzeichnet. Die Fälschungen sind nicht mehr zu verkaufen.

## Wir erklären,

daß die echten Massary-Zigaretten nach wie vor in altbekannter Güte aus reinen orientalischen Tabaken hergestellt werden. Das Aroma ist von lieblichem und absolut reinem Wohlgeschmack. — Urteilen Sie selbst!

**MASSARY** Zigarettenfabrik



### Aus der Wirtschaft Die internationale Wirtschaftskrise

Aus allen Teilen der Welt treffen Nachrichten ein, aus denen hervorgeht, daß sich die schwere Krise, in die der Krieg mit seiner Zerstörung und Verschwendung von Menschenleben, Gütern und Produktionsmitteln die Wirtschaft gestürzt hat, sich in allen Ländern fühlbar macht.

Am schwersten getroffen sind die Staaten, die sich aus den Trümmern der alten österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben. Denn bei ihnen tritt zur allgemeinen Kriegsverwüstung erschwerend die Zerrüttung des Wirtschaftsgebietes und die Anschließung in Kleinstaat, die sich nacheinander wirtschaftlich absperrten, hinzu. Um diese gegenwärtige Krisenperiode zu mildern und die Donauländer, die aufeinander angewiesen sind, einander näher zu bringen, hat die Entente, die heute in diesen Ländern das entscheidende Wort zu sprechen hat, sie zu einer Wirtschaftskonferenz eingeladen, die noch in diesem Jahre in Brüssel stattfinden soll. Strittig ist nur noch, ob auch Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz aufgefordert werden soll.

Wir weisen daran, ob die Brüssel-Konferenz einen greifbareren Erfolg haben wird als die Brüsseler Finanzkonferenz und alle anderen Versuche, den verfahrenen Karren der Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage wieder in Gang zu bringen. Keinesfalls aber wird sie einen Staat helfen können, weil ihm überhaupt nicht zu helfen ist: das ist das in seiner Selbständigkeit lebensunfähige Deutsch-Österreich. Da die Entente aber diesem unglückseligen Staat nicht gestattet will, seine Unabhängigkeit aufzugeben und sich Deutschland anzuschließen, muß sie ihn durch finanzielle Zuschüsse, die zum Sterben zu hoch, zum Leben zu klein sind, über Wasser zu halten versuchen. Bisher wurden Deutsch-Österreich 80 Millionen Dollar kreditiert. Da dieser Kredit schon aufgebraucht ist, haben die kürzlich nach Paris gereisten Mitglieder der österreichischen Abteilung der Reparationskommission der Entente den Vorschlag gemacht, Deutsch-Österreich zur Beschaffung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Kohle einen weiteren Kredit von 170 Millionen Dollar im Laufe der nächsten vier Jahre zu gewähren. Die Verwendung der Kredite soll eine internationalisierte Finanzkommission überwachen, die im Einverständnis mit der österreichischen Regierung vorzugehen hat. Die Kreditgeber sollen auf alle bemesslichen und unbemesslichen Besitztümer des Staates das erste Pfandrecht erhalten. — Die Unabhängigkeit Österreichs ist also, wie man sieht, nur noch mit der der Türkei zu vergleichen. Uebrigens aber sind die Ententebedürfnisse an Österreich abgesehen von ihrem politischen Zweck auch noch nach einem andern Gesichtspunkte zu beurteilen: Sie bedeuten Viebesgaben der Ententeeregierungen an ihre Kapitalisten, die auf fast alle Industrieunternehmungen und Finanzinstitute Deutsch-Österreichs maßgebenden Einfluß gewonnen haben.

In Schweden müssen in fast allen Industrien, besonders in der Eisen- und Textilindustrie und auf den Werften, Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden. Zwischen den schwedischen und norwegischen Papierfabriken wurde eine Vereinbarung getroffen, daß nur ein Fünftel der normalen Erzeugung hergestellt werden soll.

In Italien wurde ab 1. November die Brotkarte wieder eingeführt.

Die iranische Handelsbilanz war auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres sehr ungünstig, namentlich der Einfuhrüberschuß, der sich schon vermindert hat. Die Einfuhr wies mit 27 189 Mill. Franks eine Mehr von 2622 Mill. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf, die Ausfuhr mit 17 336 Mill. ein Mehr von 6833 Mill. Die Besserung ist in erster Linie dem allmählichen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Nordirans zu verdanken. Ein Beweis dafür ist, daß die Einfuhr von Lebensmitteln sich um 686 Mill. verringert hat.

Weiße Gebiete Chinas sind von einer schweren Hungersnot heimgesucht. Um der schlimmsten Not abzuhelfen, hat die Regierung eine innere Anleihe von vier Millionen Dollar aufgelegt und mit Erlaubnis der Regierung der Vereinigten Staaten die Zölle auf amerikanische Waren um 10 Prozent erhöht.

### Die täglichen Zusammenschlüsse

Die beiden Herren der Elektro-Industrie, die A. E. G. und der Siemenskonzern, haben gemeinsam einen Glühlampenzustimmungskreis gegründet, dem die maßgebenden Unternehmungen dieser Branche angehören. Der Zweck soll nun auch auf die Rohstoffgewinnung Einfluß nehmen. Den Vereinigten Lausitzer Glas-

werken, die Glasglöhen für die Glühlampenfabrikation herstellt, wurde von der A. E. G. und der Siemens u. Halske A. G. der Vorschlag gemacht, sich mit den Glühlampenunternehmungen der beiden Gesellschaften zu verschmelzen und zwar sollen sie der Osram-Kommanditgesellschaft angegliedert werden, die bisher schon ihr Hauptabnehmer war. — Die Vereinigten Lausitzer Glaswerke arbeiten mit einem Kapital von 84 Mill. M., von dem schon jetzt ein großer Teil in den Händen der A. E. G. ist.

### Gewerkschaftliches

#### Der Streik im Textilgroßhandel

Das „8 Uhr Abendblatt“ liest am Dienstag, den 9. November seinen Lesern die Schwindelnachricht auf, daß die Angehörigen über die Köpfe ihrer Gewerkschaftsführer hinweg dem letzten Angebot der Arbeitgeber zugestimmt haben und nunmehr in die Betriebe laufen. Die dem lausitischen Schwindel traten am Mittwoch die Streikenden durch einen impotenten Demonstrationzug entgegen, der wohl der Öffentlichkeit bewies, daß, wie es unter den Streikenden aussieht.

Mit welcher Verliebtheit der Arbeitgeberverband operiert, beweist folgendes Rundschreiben an die Firmeneinhaber:

Beitritt: Streik im Textilhandel.  
Am 8. November fand eine Versammlung zur Besprechung der Lage im größeren Kreise statt. Es wurden folgende Beschlüsse mit bindender Verpflichtung zur Durchführung seitens aller Mitglieder gefaßt:

1. Es wird dringend empfohlen, neue Einstellungen von Personen vorzunehmen, und zwar Annoncen aufzugeben in der Presse, in denen Personal verlangt wird.
  2. Die Bedingungen, zu denen das Personal eingestellt werden kann, sind die unseres letzten Angebotes, welches wir mit Rundschreiben vom 1. November mitgeteilt haben.
  3. Es wird dringend empfohlen, mittels photographischer Apparate Gemaltheiten vor den Betrieben festzuhalten, damit die einzelnen Verantwortlichen, die durch Gemaltheiten Arbeitswillige am Betreten der Geschäftsräume hindern — Ten, festgehalten werden und der Staatsanwaltschaft weitergegeben werden können.
- Glaubt der Rat des Arbeitgeberverbandes wirklich, daß er mit solchen Mitteln das arg zerrüttete Unternehmerprestige zusammenflicken kann? Die streikenden Angestellten werden den — eingeleiteten nicht den Gefallen tun, sich durch deren Helfershelfer zu Gewalttätigkeiten provozieren zu lassen; denn ihre Sache ist: durch ihre Disziplin und Entschlossenheit nach wie vor gut!

Die Zentral-Streikleitung

#### Beendigung der Lohnbewegung der Handelsarbeiter im Text- und Großhandel

Durch Vergleich auf folgender Grundlage einigten sich die Parteien:

Der Mindestlohn beträgt ab 1. Oktober 1920 für Handelsarbeiter im Alter von 14—16 Jahren 60 M., 16—18 Jahren 90 M., 18—19 Jahren 135 M., 19—20 Jahren 150 M., 20—22 Jahren 200 M., über 22 Jahre 220 M., verheiratet 235 M., verheiratet mit einem versorgungsberechtigten Kinde 250 M. pro Woche. Die Parteien verpflichten sich, innerhalb vier Wochen in die Beratung des Manteltarifes einzutreten. Bis dahin bleiben die Bestimmungen des alten Tarifes in Kraft.

#### Belohnung langjähriger Dienste

Auf Eingaben der bisherigen langgedienten, erfahrenen Kommunal-Polizeibeamten durch ihre Gewerkschaft um Uebernahme in den Staatsdienst unter Erhaltung ihrer bisherigen Bezüge und Stellen hat das Polizeipräsidium unter dem Druck des Beamtenausschusses des Polizeipräsidiums, der die Beamten des Präsidiums an die Stellen der Kommunal-Polizeibeamten sehen will:

1. von 85 vorhandenen Beamten nur 20 die Zusage der Uebernahme gewährt;
2. erklärt, daß es die Sekretäre nur in Assistentenstellen beschäftigen werde; bis zu 55 Jahre alte Sekretäre müßten sich — wenn sie Sekretäre werden wollten — erst noch einer Prüfung unterziehen;
3. entgegen der Kandidatenliste der Gewerkschaft selbst andere Kandidaten zur Uebernahme bestimmt, die früher die schlechteren Uebernahmebestimmungen unterzeichnet

mehr dafür haben, wie sehr doch der ganze staatliche Apparat durchaus nicht um seiner selbst willen, sondern für den Einzelnen da ist. Der Glaube an ihre Bestimmungen, die uns gar nicht interessieren, ist ehern. Neulich sagte mir am Alexanderplatz ein Klempner, dem es so erbärmlich geht, daß Frau und Kinder wie die Tiere in einem Kellerloch hängen: „Mein ist fort. (Mein war die elfjährige Tochter.) — Sie ist nach dem Gasbrand in die Kohlenstube, wo wir angemeldet sind. Da ist sie aus einem Geschäft einen halben Zentner Kohlen hergeholt! — Nun stelle man sich das vor; Das unterzürge, in Lumpen gekleidete Mädchen leucht und scheidet sich einen halben Tag durch die Berliner Straßen und das nur, weil irgend ein Schafkopf von Beamten zu fast oder zu unntelligen ist, eine seiner 2000 Paragraphen zugunsten dieses Falles auszuliegen. Der Mann hat vielleicht selbst Frau und Kinder zu Hause und würde sich mit Recht schwer enträsten, wenn jemand mit ihm so spielte. Aber die andern? Auf den Gedanken kommt er gar nicht. Er erledigt von 9 bis 3 seine Amtsgeschäfte nach Schema F, und so ist denn niemand mehr für die „Bestimmungen“ verantwortlich: der nicht, der sie gemacht hat, und der nicht, der sie ausführt. Schuld sind beide.

Wenn sich nicht dieses gequälte, arbeitslose und immer am Verdauern vorüberstreichende Großstadtvolk durch Taten, die der gebildete (und seltene) Normalmensch als „Strafbar“ bezeichnet, weiterhelfen würde: die Leute könnten nicht leben. Ein halber Tag vergeht, wenn man all diesen Bestimmungen wirklich nachkommen wollte. Ich sehe ganz von dem Kakeramchosten ab, der in einzelnen Bureaus und besonders bei der in dieser Beziehung schlecht disziplinierten grünen und blauen Polizei herrscht — ich halte mich nur an die Tatsachen. Und das allerhöchste ist, daß diese oertrotzten Regierer wissen, daß sich kein Mensch an diese Bestimmungen halten kann, weil sie unausführbar sind. Sie melden aber nach oben munter weiter, daß sie die Paragraphen verfügt haben, und für den Oberregierungsrat ist dann alles in Ordnung. In Wirklichkeit sinkt zum Himmel.

In Wirklichkeit liegt es so, daß diese tausend Fettoerzorgungsstellen, Rietungsämter, Fürsorgeauskünfte usw. usw. — daß alle diese der geplagten Bevölkerung wie eine Faust im Nacken sitzen. Raslos irren zwischen diesen Dienststellen die gepeinigten Mütter und Hausfrauen hin und her. Man scheidet sie von einer in die andere. Gebissen wird ihnen nirgend.

Lügt nicht. Lügt nicht. Ihr könnt mit all eurer Staatsautorität nicht einmal erzwingen, daß der Landmann so viel abliefern, wie die Großstadt benötigt. Ihr spielt: Staat. Und seid in Wahrheit machtlos. Es langt gerade zum Schluß.

haben und somit praktisch eine Maßregelung der um ihre Existenzmittel kämpfenden Kollegen erzielt;

4. besonders notleidende Kollegen in den Reichsamtbezirken entgegen den Abmachungen ganz unberücksichtigt gelassen.

Wir geben dies ohne Kommentar wieder als ein Beispiel, wie in unserer freiheitlichen Zeit verhandelt und gehandelt wird. Wie wir hören, hat die zuständige Gewerkschaft energischen Einspruch beim Minister des Innern erhoben.

Betriebsräte der Metallindustrie. Heute, Sonnabend, vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, wichtige Sitzung der Obleute der Betriebsräte.

Verband der Steinseger u. Vg. Tarifbezirk Or.-Berlin. Allen Kollegen zur Kenntnis, daß unsere 8-Std.-Arbeitszeit mit den allen Paulen bestehen bleibt, insbesondere keine Studententouren vormittags zulässig sind. Also jedes andere Angebot der Arbeitgeber sowie der Vorkr. abzuweisen ist. Am Sonntag, den 14. November 1920, vormittags 10 Uhr, findet in der Harmonie, Invalidenpark, eine Sitzung aller Verbandsmitglieder sowie sämtlicher Betriebsräte und Betriebsräte, auch aller Vertrauensmänner, auf dem Tarifbezirk Or.-Berlin statt. Erscheinen aller Funktionäre ist dringend erforderlich. J. A.: Sibura, Boulevard. — Filiale Berlin. Montag, den 15. November 1920, abends 7 Uhr, findet eine außerordentliche Versammlung der Mitglieder der Filiale Berlin statt. Wir fordern alle Kollegen zum Besuch dieser Versammlung auf, da ein Referent sowie ein Korreferent über die allgemeine Lage sprechen. J. A.: J. Sibura, 1. Vorsitzender.

### Groß-Berlin

#### Stadtverordnetenfraktion USV.

Heute abend 1/6 Uhr Fraktionsitzung in Zimmer 108. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

#### Die Not der Altpensionäre

Uns wird geschrieben:  
Die Altpensionäre, die dem Staat 40 und 50 Jahre gedient haben, müssen jetzt mit ein paar tausend Markchen ihr Leben fristen. Man kann sie zusammenfassen wie düres Reisig — so viele sterben ihrer weg bei dem fürstlichen Gnadengehalt. Der Regierung ist das nicht unbekannt; es haben wirklich schon Beratungen stattgefunden, wirklich soll schon ein Gesetzesvorschlag in Gang sein. Aber es war ja unendlich wichtiger, daß man in stundenlangem Debatt die neuen Reichsfarben anpinselte, daß man den bitter notleidenden Hohenzollern Millionen auf Millionen nachgeschickt hat. Da war mal ein wirklich armer Delektur in Friedenszeiten, der sich nach der Schweiz, Da kassierte der allmächtige Staat ihm keine paar Broden, die er in der Heimat hatte, noch obendrein. Aber es gibt ja immer Unterschiede, vor denen der gesunde Menschenverstand halt machen muß. Und dazu gehört auch die Not der Altpensionäre. Ein Gesetz, das kurzerhand besagt hätte: „Werden die Gehälter der aktiven Beamten erhöht, so folgt automatisch eine Erhöhung der Ruhegehälter usw. usw.“ Aber so was bringt ihr nicht fertig. Bringt nicht das Märchen, es wäre kein Geld da! Geld wäre in Hülle und Fülle da, wenn ihr all die Kriegswucherer und



### Gehaltsempfänger

Von Ignaz Wrobel.

Die meisten Menschen in diesem Lande sind gar keine Menschen, sondern Gehaltsempfänger. Sie leben alle Dinge vom Standpunkt ihres Amtes aus und haben für die Note anderer wenig Verständnis. Schwer fällt auf diesem Bolle die wirtschaftliche Not; schwerer seine Bureaukratie.

Seit Jahrhunderten ist in Deutschland auf dem Papier alles in Ordnung. Der wurzelt im Preußen, der bisher die größte Chance im Reich repräsentierte, der Drang, durch geschriebene Paragraphen des praktischen Lebens Herr zu werden. Seine Befehle waren meist nur Wünsche. Schmutzgel? Unrechtmäßiges Abziehen der Waren von einem Wirtschaftsplateau auf das nächste tiefere? Das verbietet wir. Wir prüfen nicht den Ursachen des Schmutzgelts nach, kümmern uns nicht um das Wesen deder, die dies geschäftliche Handwerk betreiben — wir verbieten. Dann ist der Schmutzgel nicht mehr auf der Welt. Erloschene Schmutzgel...? Wenn Uebergriffe untergeordneter Organe vorkommen, so ist die Aufsichtsbehörde nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen nicht für dasselbe verantwortlich zu machen... Welche preußische Melodie!

Alter Jahre lang hat die von Ludendorff reklamirte und mit dem weiß-schwarzen Bandchen delorierte Presse geheult: Organisierten! Das können wir! — Ich will euch etwas sagen: Ihr habt keinen Schimmer davon. Alles, was ihr organisiert, ist von Beamten her gedacht, niemals für den Benutzer. Ihr aalt euch wohl in der Tat, daß ihr mit staatlichen Mitteln, die euch nichts kosten, herumwirtschaften könnt — ihr kommt euch mächtig vor, und wenn alles fertig organisiert ist, haben wir einen Haufen Gehaltsempfänger und einen Dummen: das Publikum.

Es liegt tatsächlich so, daß die Bedürfnisse des praktischen Lebens, die sich ja immer trotz der preußischen Beamten gebietend Bahn brechen, heute nur noch durch Schließung zu erfüllen sind. Früher waren die Kommunalbehörden darin ein wenig besser als die staatlichen — heute braucht man nur die Amtsführung unserer Stadtbehörden anzusehen, um sich zu wundern, daß die gepeinigten Bevölkerung in ihrer Not nicht alles kurz und klein schlägt. Das ist eine Temperamentsfrage, und wir sind in Norddeutschland. Grund genug wäre vorhanden.

Der einzelne Beamte ist weder ein Blutsauger noch ein gemeiner Hund, als der ihn der verzerrte Arbeiter leicht anzusehen geneigt ist. Er ist ein Gehaltsempfänger. Die Leute sind durch jahrhundertelange Tradition, durch die deutsche Familie, durch die deutsche Schule so erzogen, daß sie kein Gefühl

Die Tatsache, daß heute in Berlin alles, aber auch alles ohne weiteres für Geld zu haben ist, erbittert den Mittellosen nur noch mehr. Er fühlt deutlich, daß das Gewerkschaft, das sich da um seinen Bierstiller Milch für das Neugeborene aufst, gar nicht nötig wäre, wenn er sich unter Umgehung von Dienststelle und Vorkaufs das Nötige anderweitig besorgt. Blau geht nicht auf: man kann sich jeden Tag in Berlin besorgen. Auch ohne euch.

Das wahre Leben geht über diesen schmutzigen Mist einer verstandenen Staatspielerei hinweg. Es kümmert sich den Teufel um euren Kramp von Paragraphen, Bestimmungen und Inflationen. Ihr regiert? Ihr quält die Kleinen. Die Großen lachen euch aus.

Was ist heute der Staat?

Der Staat ist das summierte Interesse seiner Gehaltsempfänger. Und keine Erkenntnis scheint denen gefährlicher, als diese eine: Es ginge auch ohne sie.

Wanderameisen. In neuester Zeit häufen sich Meldungen, daß Frankreich von gewaltigen Mengen der fast infestkopfigen kleinen, log. „argentinischen Ameise“ (Aridomyrmex humilis) überflutet werde. Es ist von Interesse, das Vordringen dieses Schädlings zu verfolgen. Vor mehreren Jahrzehnten schon aus ihrer südamerikanischen Heimat nach den Vereinigten Staaten verschleppt, hat sie sich dort, wie W. Schipp-Zürich in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift ausführlich, in erschreckender Weise ausgebreitet und ist zu einer ersten Plage geworden. In Europa ist sie schon seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Portugal bekannt. Vermöge ihrer Kleinheit befähigt, durch die engsten Ritzen in alle Gemäuer, Kisten und Ritzen einzudringen. Sieh die Vorboten in Folge des ausgeprägten Gesellschaftstriebes bald ganze Schwärme nach und vertilgen alles Erhabene, mit besonderer Vorliebe Fleischvorräte und eingemachte Früchte. Schon bei ihrem ersten Auftreten in Europa sprach Forel die Befürchtung aus, daß die argentinische Ameise für Europa zur Landplage werden könne; doch hat man diesbezüglich der Vorden bis jetzt wenig von ihr gehört. Im letzten Sommer aber trat sie in Frankreich, jedenfalls auf Schiffen eingeschleppt, stellenweise, besonders in Südfrankreich, in gewaltigen Mengen auf, unterminierte die Kulturen, verzehrte die Feldfrüchte und Konfiturenvorräte, vernichtete die Menenstöcke und belästigte besonders auch die Häbner. Aus Canada wird berichtet, daß eine der blühendsten Gegenden der Umgebung durch Millionen von Ameisen heimgesucht werde, die auf einem Komplex von zehn Hektaren alle Pflanzungen zerstört habe. Alle Maßnahmen gegen das weitere Vordringen der Schädlinge waren bis jetzt wirkungslos; sie geben über Wasserläufe weg, durchqueren das Petrol und übersteigen die Kiebbande auf den Felchen der vordersten Kolonnen. Diese Fähigkeit, mit der die wandernden Ameisenzüge ihr unbekanntes Reiseziel verfolgen, ist wohl das Auffälligste an der ganzen Erscheinung.



